

Volksrecht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung



Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiadstraße 100, sowie durch alle Ausfräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 3 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, 60 Pf. Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Postfachkonto: Breslau 5852. Dankkonto: Dank der Arbeiter.

12 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen und Wohnungsanzeigen für die nächste Nummer 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 38, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Montag, den 28. November 1932

Nr. 279

Sozialistischer Wahlerfolg in Belgien

Die Sozialisten gewinnen 10 Prozent der Stimmen und 8 Mandate Kleiner Gewinn der Kommunisten — Schwere Niederlage der Liberalen und flämischen Frontisten

Die vorläufigen Wahlergebnisse in Belgien zeigen ein starkes Anwachsen der sozialistischen Stimmen in allen Teilen des Landes mit Ausnahme von Lüttich und Brüssel, wo die Kommunisten einigen Gewinn gewinnen konnten. Der Gewinn der Sozialisten beträgt insgesamt etwa 10 Prozent und vielleicht 8 Mandate, die in Brüssel, Antwerpen, Ostende, Tournai und Mons erobert wurden. Die Katholiken hatten sich gut und gewinnen auf Kosten flämischer Frontisten an Stimmen, die große Verluste erleiden. Die Liberalen erleiden in fast allen Wahlkreisen eine katastrophale Niederlage. Die Kommu-

nisten dürften je ein Mandat in Lüttich und Charleroi erobern, dagegen ihr bisheriges Mandat in Brüssel zugunsten der Sozialisten verlieren. In Eupen-Malmedy haben weder die deutschen Katholiken, noch die Sozialisten besonders gut abgeschnitten. Dies ist vermutlich durch das Eingreifen des Erzbischofs von Lüttich gegen die Heimatbewegung verursacht worden. Im ganzen dürfte die katholisch-liberale Koalition im Parlament eine knappe Mehrheit erhalten. Aber selbst, wenn die geschlagenen Liberalen sich wieder zu einer Koalition hergeben, wird dem Bürgerblock das Regieren recht schwer werden.

folge des Oberpräsidenten der Grenzmark antreten, der mit dem 1. April die Altersgrenze erreicht, aber bereits zum 1. Januar abgeht. Die Ernennung weiterer Korpsbrüder zu hohen Regierungsbeamten steht bevor. In Frankfurt a. O. wird der deutsch-nationale Ministerialrat Schönner aus dem preussischen Ministerium des Innern die Nachfolge des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Pföhner antreten.

Klagges weiter gegen Rektor und Senat

Er verlangt Verbot der Tante „Boh“ — Bestraft den Rektor ohne Unterzuchung. — Setzt Maßnahmen des Rektors auf

Die Veröffentlichungen über den Streit zwischen Minister Klagges und Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Braunschweig haben Klagges in eine ohnmächtige Rat verlegt. Klagges hat jetzt beim Preussischen Ministerium des Innern den Antrag gestellt, die „Vollstreckung“ in Berlin zu verbieten, da sie eine Erklärung des Verbandes der Deutschen Hochschulmänner, die sich mit dem Streit befasst, veröffentlicht hat. Ebenso hat er den Rektor, Prof. Gallner, aufgefordert, das Verbot, das den nationalsozialistischen Studenten den Zutritt zur Hochschule untersagt, sofort wieder aufzuheben. Klagges hat den Rektor ferner mit einer Verwarnung bestraft.

Rektor und Senat müssen also wieder zulassen, daß Leute die Hochschule besuchen können, die dem Senat in Zeitungsartikeln „veraltete“ Ansichten vorgeworfen hatten. Sie hatten gefordert, daß selbstverständlich die Hochschule politisiert werden müsse. Klagges will nach wie vor diese Politisierung der Hochschule verhindern.

Er hat die Verwarnung auch ausgesprochen, ohne eine Unterzuchung durch das Gesamtministerium abzuwarten.

Justiz über Negast

Das Urteil gegen Selbstschuß

Stralsund, 26. November.

In dem Negast-Verfahren wurde der sozialdemokratische Landarbeiterführer Lappert weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Drei angeklagte Arbeiter erhielten Gefängnisstrafen von drei bis acht Monaten. Der Arbeitersekretär Dörp wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er im Besitz einer Stahlfeder war. Der Arbeiter Bülow, der Gemeindeführer war und der Kranenfliegenangehörte Wegner wurden freigesprochen.

Die Verurteilung erfolgte, weil sozialdemokratische Arbeiter die in einem Kinderfreundelager untergebrachten Kinder vor den Nazis horten schützten wollten, die am Hitler-Tag in Stralsund randalierten. Gegen den Führer der Politzei, der den Befehl zum Schießen gegeben hatte, ist ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet. Bei der Schießerei wurde der junge sozialdemokratische Lehrer Kull aus Greifswald, der das Falkenlager betreute, von Polizeikugeln getötet.

Landtag gegen die Reichskommissare

Der Preussische Landtag fordert den Rücktritt der Reichskommissare Landtag bis 13. Dezember vertagt — Nazipräsident sabotiert die Begnadigung der Verkehrsarbeiter

Im Preussischen Landtag wurde am Sonnabend ein sozialdemokratisch-kommunistischer Antrag angenommen, der den Rücktritt der Reichskommissare fordert, sowie die Aufhebung aller von ihnen erlassenen Verordnungen und Maßnahmen. Es stimmten 126 Sozialdemokraten und Kommunisten für den Antrag, 188 Nazis und Zentrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme. Als ihre den sozialdemokratischen Antrag zur sofortigen Einziehung der Regierung Braun-Severins-Sitzplätze in ihre sämtlichen Rechte abgelehnt werden sollte, wurden nur 166 Karten abgegeben. Das Haus war beschlußunfähig. Es wurde von dem Nazi-Präsidenten bis zum 13. Dezember vertagt.

Es war die Nazifraktion des Landtagspräsidenten Kerzl, die in der vorhergehenden Debatte den Antrag gestellt und begründet hatte, die wegen Sabotageakte in Heft befindlichen Berliner Verkehrsarbeiter sofort zu entlassen, und die bereits zu schweren Zuchthausstrafen verurteilten, zu begnadigen. Auch die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Zustimmung zu diesem Antrag durch den Abs. Bredow erklären lassen. Mit der KPD war eine große sichere Mehrheit für die Anträge vorhanden. Der Nazi-Präsident Kerzl sabotierte die Abstimmung darüber jedoch durch die Vertagung.

Die Vergleichsziffern beziehen sich auf die Reichstagswahl vom 6. November. Die Stadtverordnetenwahlen in Gesehacht hatten bei 86,7 Prozent Wahlbeteiligung folgendes Ergebnis: SPD, 681 (856), KPD, 1057 (1289), Nationalsozialisten 689 (956), Fortschritt und Aufbau 322 (370), Heimadient 180. Die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse vom 6. November.

Armer Jänike!

Er wird doch nicht Oberpräsident der Grenzprovinz Die Ernennung von Korpsbrüder zu hohen Regierungsbeamten geht weiter. Am 1. Januar wird der Landrat von Meibon, zurzeit in Meferitz, die Nach-

Die Regierungskrise in der Schwebe

Besprechung bei Hindenburg ergebnislos — Wachsende Widerstände gegen die Rückkehr Papens — Schleicher verhandelt mit den Parteien über Tolerierung — Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie misslungen — Liebeswerben um das Zentrum

Berlin, 26. November. (Eigener Bericht.) Die Regierungskrise wird nicht vor Mitte der Woche gelöst werden. Wie sie schließlich ausgehen wird, ist zurzeit noch ungewiß. Unter den in der bürgerlichen Presse genannten Reichskanzler-Kandidaten hat der eine so viel Aussicht wie der andere.

Am Sonnabend fand bei Hindenburg eine Besprechung über die politisch-parlamentarische Lage statt, die eine Klärung der Situation nicht gebracht hat. Beteiligt waren außer Hindenburg der geschäftsführende Reichskanzler, der Reichswehrminister von Schleicher, der Staatssekretär des Reichspräsidenten und der Sohn des Reichspräsidenten, Oberst von Hindenburg. Papen erstattete zunächst Bericht über die Lage. Er hat den Reichspräsidenten zum Schluß seiner Ausführungen, ihn nicht wieder zu betrauen. Der Reichswehrminister von Schleicher zeigte eine auf fallende Uebereinstimmung mit Herrn von Papen. Ob aus taktischen Gründen oder aus Ueberzeugung, entzieht sich unserer Beurteilung. Das Ergebnis der einstündigen Aussprache war, daß vorerst eine offizielle Entscheidung des Reichspräsidenten über die Nachfolge des Herrn von Papen nicht gefällt wurde, sondern zunächst nochmals mit den Parteien Fühlung genommen werden soll. Der Reichswehrminister erklärte sich bereit, diese Fühlungnahme anzunehmen und bis Mitte der Woche abzuschließen.

Es ist nicht gegen den Reichstag wie es Herr von Papen gewollt hat und noch möchte, sondern möglichst mit dem Reichstag zu arbeiten. Dabei verfolgt man insbesondere das Ziel, die christlichen Gewerkschaften aus der linken Einheitsfront der Gewerkschaften gegen das Papen-Schleicher-Regime abzuspalteln, indem man vor allem das Zentrum zur Tolerierung der neuen Präsidial-Regierung gewinnt. Dieses Ziel dürfte gelingen, soweit sich die neue „Präsidial-Regierung“ verfassungsmäßig zu regieren und jedes Experiment mit der Verfassung zu unterlassen. Allem Anschein nach soll die künftige Regierung nach dem Wunsch des Reichspräsidenten eine beratende Verpflichtung eingehen. In diesem Falle wäre sie auch der Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei und anderer Parteien über das Zentrum hinaus. Das große Hindernis bleibt die Haltung der nationalsozialistischen Partei, die allein der neuen Präsidial-Regierung das Leben retten kann.

Entscheidend für die Zukunft der neuen Präsidial-Regierung wird der Verlauf der bevorstehenden Besprechungen mit den Parteiführern sein. Er ist ebenso entscheidend für die Zusammenlegung der neuen Präsidial-Regierung wie für ihre Lebensdauer.

Berlin, 28. November. (Eig. Fundbericht.) Reichswehrminister Schleicher und ebenso Herr von Papen hatten am Sonnabend, bzw. Sonntag zahlreiche Besprechungen über die politisch-parlamentarische Lage geführt. Schleicher führt hauptsächlich Unterredungen mit den politischen Parteien, die bis auf die Deutsch-nationalen und die Deutsche Volkspartei mit dem geschäftsführenden Reichskanzler möglichst nichts zu tun haben wollen, während Papen in erster Linie damit be-

Gemeindewahlen im Bremer Staatsgebiet

Gegen die Reichstagswahl keine merkbare Veränderung

Bremen, 28. November. (Eigener Fundbericht.)

Am Sonntag fanden in 14 Landgemeinden des Bremischen Staatsgebietes Gemeindevorwahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 81,5 Prozent gegen 77,8 Prozent bei den letzten Gemeindevorwahlen im November 1929. Auf die einzelnen Parteien entfielen im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen am 6. November folgende Stimmen:

Sozialdemokratie 4160 (4367), Nationalsozialisten 694 (1191), Kommunisten 567 (634). Alle übrigen Splittergruppen, darunter die Deutsch-nationalen, erhielten zusammen 2792 (2313) Stimmen.

Die Sozialdemokratie konnte sich ziemlich behaupten. Von den 109 Mandaten, über die sie bisher in den 14 Landgemeinden verfügte, verblieben ihr 91. Die Kommunisten erhalten acht Mandate gegen bisher Null. Die Nationalsozialisten erhalten 14 Mandate gegen bisher ebenfalls Null. Die übrigen Wahlvor schläge brachten es auf 71 gegen bisher 75.

Weitere Gemeindevorwahlergebnisse

In Söldin fanden am Sonntag Stadtverordnetenwahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: SPD, 508 (671), KPD, 321 (631) NSDAP, 1374 (1663), Heimadient (Mittelstand und Beamte) 859.

bestätigt. Ist die Auffassung bestimmter Wirtschaftsführer zu erlangen. Der Reichswehrminister hat am Sonntag auch versucht, mit der SPD. Fühlung zu nehmen. Ein Ergebnis hat dieser Versuch bisher nicht gehabt.

Schleicher hat am Sonnabend mit dem Deutschen Volksparteiler Dingeldey und Vertretern anderer Blättergruppen verhandelt. Am Sonntag führte er Besprechungen mit Hugenberg und dem Führer der Zentrumspartei, Dr. Kaas, sowie mit dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Göring. Schleicher konzentriert nicht nur die Auffassungen der einzelnen Parteien zur gegenwärtigen politischen Lage, sondern er kundigt sich auch eingehend nach deren Stellungnahme zu Herrn von Papen, ihren Wünschen hinsichtlich der künftigen Politik und der zukünftigen Reichsstaatsform, ferner, er interessiert sich für alles, was im Zusammenhang mit der Lösung der gegenwärtigen Krise überhaupt erwähnenswert ist. Das Ziel dieser Besprechungen ist, eine Entspannung der politischen Lage herbeizuführen, und zwar einmal, indem man versuchen will, den Wünschen der politischen Parteien entgegenzukommen, zum anderen aber auch, indem möglichst an die Stelle des Herrn von Papen eine andere Persönlichkeit gesetzt werden soll. Als seinen Nachfolger nennt man zurzeit immer noch mit an erster Stelle den gegenwärtigen Reichsaussenminister v. Neurath, der aus ebensolchen Gründen hat wie der ebenfalls als Nachfolger viel genannte Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner.

Parlamentarisch soll sich das Ergebnis der Be-

forungen in einem „Waffenstillstand“ zwischen Reichsregierung und Reichstagsopposition äußern. Man denkt sich diesen Waffenstillstand so, daß sich der Reichstag nach der Entgegennahme einer Erklärung der neuen Regierung bis Anfang bzw. Ende März vertagt und die Regierung in der Zwischenzeit die mit den Fraktionen vereinbarten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durchführt. Im Zusammenhang damit erörtert man selbstverständlich die Frage, was werden soll, wenn der Reichstag sich auf einen derartigen Waffenstillstand nicht einläßt und die Regierung ein Mißtrauensvotum erhält. Mit einem derartigen Mißtrauensvotum würde sich Herr v. Schleicher unseres Wissens abfinden, indem er als geschäftsführender weiter fungiert. Es bleibt also die Frage, wie der Reichstag wenigstens bis zum März ausschalten soll. In dieser Hinsicht denkt man u. a. daran, eine Vertagung des Reichsparlaments auf Grund des Artikels 48 zu erwägen. Die Meinungen darüber, ob das juristisch möglich ist, gehen auch unter den Juristen sehr auseinander.

Vor Mitte der Woche ist kaum mit einem Abschluß der gegenwärtig vor sich gehenden Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung zu rechnen. Vorerst scheint nur das eine ziemlich sicher zu sein, daß man selbst in Kreisen der Reichsregierung eine Wiederkehr des Herrn v. Papen zu verhindern wünscht, weil man sich endlich auch über die Konsequenzen einer derartigen Wiederkehr im Klaren ist.

Warnung vor Schwindlern

Angebliche rumänische Sozialdemokraten Brandstifter die Parteibüros

Der Parteivorstand teilt mit: Eine internationale Schwindlergesellschaft brandstiftet gegenwärtig die Parteibüros der Sozialdemokratischen Partei. Mit einem Schreiben des Vorstandes der rumänischen Sozialdemokratie versehen, ermahnt jemand auf dem Parteibüro. In dem Schreiben, das am Kopfe die gedruckte Adresse und den Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Bukarest zeigt, wird gebeten, dem Ueberbringer einen namhaften Betrag — es handelt sich bis zu 1000 Mark — auszuhändigen, der von der rumänischen Partei zurückgeführt werde. Eine Anfrage in Bukarest ergab, daß es sich um einen abgefeimten Schwindler handelt. Es muß irgendwo eine Fälschergeellschaft bestehen, die sich leicht zu Vertrauen verleitenden Briefbogen für ihre Betrügerarbeiten drucken läßt. Sollte ein solcher Betrüger irgendwo auftauchen, so muß sofort seine Verhaftung veranlaßt werden.

Professor Schmitz verurteilt

Die Braunschweigische Dienstkraftkammer verurteilt am Sonnabend den früheren Rektor der Braunschweiger Technischen Hochschule, Professor Schmitz, zur Dienstentlassung, zur Tragung der Prozederkosten und zur Kürzung seines Gehalts um die Hälfte dessen, was er bei seiner Dienstentlassung erhalten hätte.

Dem Prozeß, der auf Antrag des Generalstaatsanwalts unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, lagen mehrere Beschuldigungen zugrunde. Professor Schmitz hat für die Sowjetunion jahrelang besondere technische Aufgaben ausgeführt und sich als Konstrukteur für die russische Regierung betätigt. Infolgedessen war Schmitz auch wiederholt in Rußland, wo er u. a. in Moskau ein modernes Konstruktionsbüro einrichtete. Eine Verurteilung nach dem Parteibüro, Professor Schmitz wurde von der Sowjetregierung als Gutachter zur Nachprüfung eines russischen Auftrags an Deutschland herangezogen. Wegen dieser Tätigkeit und wegen angeblichen Mißbrauchs von Hochschulinrichtungen geriet Professor Schmitz mit dem Reichsarbeitsministerium in Konflikt. Auf dessen Veranlassung wurde die Untersuchung und schließlich das Dienstverfahren durchgeführt, was Herrn Klages insofern gelegen kam, als Schmitz ein Gegner der nationalsozialistischen Umtriebe an der Hochschule war.

Die Begründung des Urteils erfolgte ebenfalls in nicht-öffentlicher Sitzung.

Lügen über Scheidemann

Im September hatte Philipp Scheidemann einen französischen Korrespondenten ein Interview über die politische Lage in Deutschland gegeben. Unter dem Titel: „Scheidemann und Wilhelm II.“ ist ein vollkommen verfaßelter Inhalt dieser Unterredung in ausländischen sowie in der deutschen Presse erschienen. Scheidemann soll geäußert haben, er bezweifle, daß es heute noch in Deutschland Menschen gebe, die bereit seien, die Republik zu verteidigen, und die Rückkehr der Hohenzollern zu verhindern. Hierzu erklärte Scheidemann: „Kein verständiger Mensch wird mit einer derartigen hohenzollern Propaganda aus durchsichtigen Gründen verbreitete Schwindelnachrichten als Enten gegennzeichnen.“

Französisch-russischer Nichtangriffspakt fertig

Frankreichs Kabinett beschließt Unterzeichnung — Sie findet am Dienstag statt

Paris, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der Ministerrat hat am Sonnabend den französisch-russischen Nichtangriffspakt gebilligt. Der Pakt wird am Dienstag von Herriot und dem russischen Botschafter in Paris unterzeichnet. Er besteht aus einer Präambel, fünf Artikeln und einem Anhang, der ein Versöhnungsabkommen enthält.

In der Präambel wird erklärt, daß der französisch-russische Vertrag in keiner Weise den Völkerbundspakt beeinträchtigt und er den Briand-Kellogg-Pakt bekräftigt. Artikel 1 des Vertrages sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, auf keinen Fall einzeln oder zusammen eine oder mehrere dritte Mächte anzugreifen und die Unverletzlichkeit der unter ihrer Souveränität stehenden Gebiete oder der ihnen anvertrauten Mandatsgebiete zu achten. Artikel 2 verlangt, daß, wenn eine der vertragsschließenden Parteien von einer dritten Macht angegriffen wird, sich die andere Macht verpflichtet, weder direkt oder indirekt den Angreifer zu unterstützen. Ferner bestimmt dieser Artikel, daß, wenn eine Partei eine dritte Macht angreift, die andere den Vertrag sofort kündigen kann. Artikel 3 sieht die Verpflichtungen, die Frankreich als Mitglied des Völkerbundes auf sich genommen hat. Artikel 4 verbietet wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, wie sie zum Beispiel in der russischen Verordnung vom 20. Oktober 1930 gegen Frankreich verhängt worden waren. Er sieht für beide Länder die Verpflichtung vor, an keinem internationalen Abkommen teilzunehmen, das praktisch die Wirkung hat, den Anlauf oder Verkauf von Waren oder die Gewährung von Krediten an den Vertragspartner zu unterjagen und keine Maßnahmen zu treffen, die darauf hinauslaufen, einen Vertragspartner von jeder Beteiligung an dem Außenhandel des anderen auszuschließen. Artikel 5 bezieht sich auf politische Angriffs- und Propagandamaßnahmen. Die russische Regierung verpflichtet sich darin, sich jeder Aktion zu enthalten, die darauf hinausläuft, eine Agitation oder Propaganda hervorzuheben oder zu begünstigen, die die territoriale Unverletzlichkeit Frankreichs beeinträchtigt und die gewalttätige Abänderung des politischen oder sozialen Regimes Frankreichs oder eines Teiles der Frankreich unterstehenden Gebiete bezweckt. Ferner verpflichtet sich die russische Regierung, auf ihrem Gebiet keine Organisation zu schützen, auszurüsten, zu subventionieren oder zu gefitteln, die sich die Rolle einer Regierung oder Vertretung französischer Gebiete anmaßt.

Schließlich enthält der Artikel 5 noch die gegenseitige Verpflichtung, keine militärischen Organisationen zuzulassen, die das Ziel eines bewaffneten Kampfes gegen den Vertragspartner verfolgen.

Paris, 28. November. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber den französisch-russischen Nichtangriffspakt, dessen Abschluß von der radikalen und der sozialistischen Presse begrüßt, von der Rechtspresse aber als eine unvorzählige Handlung kritisiert wird, schreibt Pertinax im „Echo de Paris“:

Während die Moskauer Regierung in dem Abschluß eines Vertrages mit Frankreich immer die Zusage gesucht hat, daß ihre Bemühungen um die wirtschaftliche Organisation nicht von außen angegriffen oder behindert werden, wollten die französischen Unterhändler vor allem die Garantie erhalten, daß Sowjet-Rußland sich nicht mit einem Angreifer verbündet, mit anderen Worten, daß Frankreich der Zusammenarbeit der Roten Armee mit der Reichswehr einen Schlag verfehlen wollen. Aber voraus-

gesetzt, daß die Versprechen der Bolschewisten einigermaßen solide sind, wäre es zumindest notwendig, daß der Angriff in einer Art gekennzeichnet wird, die den Signatoren nicht die Freiheit läßt, die Ereignisse nach ihrem Gutdünken auszulegen. Sehr wahrscheinlich hat man sich über eine einigermaßen ernsthafte Definition nicht einigen können.

Polnisch-russischer Nichtangriffspakt ratifiziert

Warschau, 28. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt vom Juli 1931 sowie das Schlichtungsabkommen wurden am Sonntag nachmittag vom polnischen Staatspräsidenten ratifiziert.

Hohe Strafen gegen Kommunisten

Köln, 26. November (Eigener Drahtbericht.)

Das Dortmunder Sondergericht verurteilte am Sonnabend fünf Kommunisten aus Köln wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu insgesamt 20 Jahren und 7 Monaten Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf je 5 Jahre. Vier Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten. Fünf Mitglieder der KPD. wurden freigesprochen.

Die fünf zu Zuchthaus Verurteilten waren festgenommen worden, als sie zwei Sprengbomben transportieren wollten. Später wurden acht Kommunisten verhaftet, die im Verdacht standen, den Sprengstoff gestohlen zu haben. Während der Verhandlung widerriefen mehrere Angeklagte ihr Geständnis. Andere belasteten ihre Mitangeklagten.

Einigung zwischen Danzig und Polen

Verständigung in der Flotfrage — Polen bezahlt Schullasten und verzichtet auf Sonderrechte der Polen in Danzig

Senatspräsident Dr. Zichm-Danzig und Außenminister Bed-Polen haben am Sonnabend in Genf ein Abkommen unterzeichnet, das eine Reihe schwebender Streitfragen löst und eine Entschwedung des Völkerbundesrates überflüssig macht. Es wird ein Ratifikationskomitee eingesetzt werden, das bis zur Ratstagung im Januar Vorschläge für ein bestmögliches Verfahren im Falle einer sogenannten „direkten Aktion“, das heißt, eines einseitigen Bruches der bestehenden Verträge vorlegen soll.

Als wichtigste Bestimmung verlangt Polen die Einführung des Zloty als einziges Zahlungsmittel bei den Danziger Eisenbahnen. Entgegen dem Beschluß des polnischen Ministerrates wird die entsprechende Verfügung Polens am 1. Dezember nicht in Kraft treten. Der Fall geht in das

ordentliche Verfahren vor dem Völkerbunds-Kommissar in Danzig. Dafür sieht Danzig den Antrag auf Feststellung einer „direkten Aktion“ in der Flotfrage zurück.

Auf Anregung des Danziger Kommissars Koting, dessen Initiative der größte Anteil am Gelingen dieser Verständigung zuzuschreiben ist, wurden nach drei weiteren von den dreißig zurzeit zwischen Polen und Danzig schwebenden Streitfragen geregelt. Polen verpflichtet sich zur Bezahlung und Nachzahlung eines Teiles von Schullasten polnischer Kinder im Danziger Gebiet, ferner erkennt Polen die Entschwedung des Haager Gerichtshofes an, nach der polnischen Staatsangehörigen in Danzig nur die gleichen Rechte zuteilen, wie sie im allgemeinen den Bürgerpolen zuerkannt sind. Endlich werden in Danzig und Polen die bestehenden Zeitungsverbote gegenseitig aufgehoben.

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Goble

Deutsche Rechte: Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf

1.] (Nachdruck verboten.)

I.

Am Abend des 20. August 1934, mit dem Glockenschlag acht, werden im Flughafen Le Bourget die beiden Motore des „Helios“ angelassen.

Kumpf und Tragflächen beben über dem Fahrstuhl. Das Knattern der Motore springt in heulenden Gesang um. Das Flugzeug laßt los, rollt über die Startbahn. Nach fünf-unüberzähligen Sekunden reißt es sich vom Boden los, bräut knirschend darüber hin, fünfzig Meter, hundert Meter, schlingert leicht, trotz dem Geheiß der Schwärzer. Die Erde will es zurücklassen. Denn der „Helios“ ist für seinen Querschnitt bis zur letzten zulässigen Grenze belastet. Er droht wieder herunterzufallen. Bräut reißt sich die Eintrittsleiter auf. Reunhundert Pferdekraft gehorchen dem Willen des Piloten.

In flachem Winkel schießt der Kieselzettel in die Luft. Hochrufe und Schiedsgrüße schmettern hinter ihm her. Der gelbe Kumpf hängt wie ein strahlender Ferkel zwischen den silbergrauen Schwingen. Nach Augenblicken verwischen sich die Konturen.

Der „Helios“ wird von der Dämmerung verschluckt. Minutenlang verrät noch das gewaltige Surren der Propeller den aufkommenden Bekker: dem Meere zu.

Leon Brandt, der der „Helios“ steuert, richtet langsam die vorgezeichneten Schultern in die Höhe. Die schwere Rufe ist hochgebracht!

Broussant, der neben dem Piloten sitzt, dreht den lebergelbten Kopf ins Innere der Kabine zurück und zeigt Laroque sein höchstes Gebiß. Laroque quittiert die Triumphgebärde des Freundes mit gelassenem Kopfnicken; über sein barbares, verschlafenes Gesicht blüht langes Lächeln. Wir drei — und kein anderer Start! — er beugt sich in Schein der elektrischen Sinne über das Fluggerät, das er für die nächsten Stunden zu betreten hat.

Standt, Laroque, Broussant — das sind die drei Männer, die die Belagung des „Helios“ bilden. Leon Brandt ist französischer Außenminister. Laroque ist kein Privatjetzeiter. Broussant nimmt keine dienstliche Stellung ein; er beteiligt sich an dem abenteuerlichen Flug, weil sich das von selbst versteht. Denn die drei sind Kameraden, alte Gefährten aus dem Weltkrieg, den sie in der gleichen Kampftafel mitgemacht haben.

Wie Laroque und Broussant damals als Zwanzigjährige unter Brandts Kommando standen, so sind sie heute seine treuen Schatten geblieben. Nur hat die Gemeinschaft der drei Kämpfer, die nun Bierziger geworden sind, mit dem Verstummen des Schlachtenlärmes einen anderen Sinn erfahren. Damals hatte Lötter und Bernichten für sie geheiligte Aufgabe bedeutet (Leon Brandt mit seinen zweiundvierzig Luftjahren war die „große Kanone“ in der Armee gewesen); mit Kriegsende war unter Brandts geistigem Kommando der schroffe Frontwechsel erfolgt: die drei sind Berichter des Krieges geworden.

Als Brandt im Dezember 1918 die Maschinen seiner Kampftafel in die heimatischen Hongars einrollen sah, hatte er zu seiner Gefährten die Worte gesprochen: „Wir Flieger haben mehr als alle anderen auf unserer Erde gelitten, denn wir haben den Nordwinden von der Erde hinweg in und über die Wolken getragen! Das muß wieder gutgemacht werden.“

Die drei hatten dann ein Jahr den Flugdienst zwischen Frankreich und den afrikanischen Kolonien einrichten helfen, sie waren durch England und Deutschland gezogen, später arbeiteten sie zwei Jahre in einer Moskauer Flugzeugfabrik. Mit einem verwegenen Flug von Spanien nach Südamerika hatten sie die Welt in Stannen und Bewunderung veretzt.

Als Reunhundertzwanzigjähriger begann Brandt seine politische Laufbahn. Er schloß sich der sozialistischen Partei an. Was ihn in der sozialistischen Partei lockte, war das unerlöschliche Refektorium gewaltvoller Kraft, organisierter Willens. Ueber Frankreich hinaus einen Erdteil zu einem gemeinsamen Lebenszentrum formend, das war der unwiderstehliche Magnet, der Brandt an sich riß.

Der „Helios“ rauscht durch den Augustabend. Hinter ihm in der Tiefe entschwindet Paris, das mit Millionen Lichtern aufzusammeln beginnt.

Brandt wirft durch offene Kabinenscheiter einen Blick zurück und erdwarnt. Er grüßt absichtlich noch einmal das Verlichtete Meer. Alle Sterne des Himmels schmetern auf Paris herabgeflutet zu sein. Brandt kennt keine Landseute und kennt die feinste Stellung, die er unter ihnen einnimmt. Er selbst

weiß es am besten: man kann Leon Brandt nur lieben oder hassen, man bekämpft sich zu ihm oder wünscht ihn zu allen Teufeln. Mit zwei Parteifreunden bildet Leon Brandt den linken Flügel des Kabinetts, das zwangsläufig aus einer ungewöhnlichen politischen Konstellation entstanden war.

Der „Helios“ befindet sich auf dienstlichem Flug nach Washington, wo der Außenminister mit dem amerikanischen Amtskollegen Fragen der äußeren Politik erörtern wird. Er läßt keine gezielten Noten, keinen langatmigen und verschleierte Schriftverkehr, vor allem keine diplomatischen Mandate. Er läßt die Aussprache von Mensch zu Mensch. Er verkehrt mit den Staatsmännern der Welt wie ein rühriger Geschäftsmann mit seinen Partnern. Er hat den Nimbus offizieller Staatskunft.

Leon Brandt hat es in diesem ersten Jahre nicht leicht gehabt, sich gegen den hergebrachten Trost durchzusetzen. Seine rücksichtslose Offenheit ging den Staatsmännern auf die Nerven. Seiner Fronte begegnete man zuerst mit nachsichtigem Lächeln (der Neuling würde sich schon noch maufern!), dann mit lauterem Erstaunen, zuletzt mit stummem Widerstand. Seit wann verkehrt ein Außenminister in solcher Zwanglosigkeit mit seinen ausländischen Kollegen? Seit wann sagt sich ein Außenminister telegraphisch von heute auf morgen in Madrid, Berlin oder Warschau an, ohne daß solcher Besuch mit diplomatischer Zeremonie und Presseparaden in Szene gesetzt wird? Seit wann kommt Frankreichs Außenminister höchst unzeremoniell zum eigenen Flugzeug angesetzt, konferiert im östigen Leberbrot zwei Stunden in London, Genf oder Wien und fährt zum Abendessen schon wieder an seinem Pariser Tisch? Seit wann besuchelt Staatsmänner einander wie Raummollhändler?

Das offizielle Europa steht sich in seiner würdevollen Autorität bedrückt und runzelt mißbilligend seine gepflegten Augenbrauen. Aber man muß lebenswichtige Miens zum unermüdeten Spiel machen, denn es empfindet sich nicht, mit Leon Brandt auf Kriegsfuß zu kommen, weil — Gott sei es gefällig! — der Mann leider mehr ist als Frankreichs Außenminister! Seit einem Jahrzehnt spürt er keine Fäden von Volk zu Volk, hinweg über die Köpfe zögernder oder widerwilliger Kabinette. Statt Teile vieler Nationen hat er schon wie in einem Netz eingekerkelt. Jeder kennt das Ziel, dessen Fundament er in zögerlicher heimlicher Arbeit an allen Horizonten aufbaut. Brandt weiß genau, was er tut und will. Es können Zeiten kommen, wo das zeriffene Europa nicht Wölfer braucht, sondern das „europäische Volk“!

(Fortsetzung folgt.)

Nie wieder Papen

Ober Gefahr einer Explosion

Die Woche des Hitler-Zusammenbruchs hat mit einem unglaublichen Saksenjammer bei den Nationalsozialisten geendet. Aber auch in der Wilhelmstraße hat man allen Anlaß, sich nicht als Triumphtor zu fühlen. Der Korridor der autoritären Staatsführung ist vollständig festgefahren.

Das ist die Gelegenheit, die die gegenrevolutionären Projektoren haben wollen. Sie heulen laut: Gib uns Papen! Gib uns unseren Papen wieder! Gerade weil Papen als Reichskanzler im Vollen völlig unmöglich ist, weil er einmütiger Ablehnung bei neunzig Prozent der Bevölkerung begegnet. Wollen sie auf seine Wiederbeauftragung. Sie wollen nichts anderes von einem anderen Papen, sie wollen gerade Papen. Wollen sie eine Politik gegen das Volk wollen. Schnödig wie sie sind, nach ostelbischer Junkermentalität, hat einer von ihnen gesagt: "Papen soll die Leute weiter empfindlich auf die Bühnenaugen treten!" Eine Politik der Provokation, geführt von Papen, ist ihr Ideal.

Die offenen Attentate gegen die Verfassung von Weimar, die Papen in München und München geritten hat, seine Angriffe gegen die demokratischen Rechte des Volkes, seine Pläne, die auf Verfassungsbruch, Entmachtung des Reichstages, Stabilisierung der ostelbischen Junkerherrschaft abzielten, waren ihnen aus dem Herzen gesprochen. Sie haben alles getan, um eine auch nur formale Rückkehr zu parlamentarischer Mehrheitspolitik zu verhindern. Hugenberg's Taktik war es, alles zu verhindern, was auf eine Abwägung der Staatskrise hätte hinauslaufen können.

Für diese Kreise bedeutet jeder Tag länger, der beim Reichspräsidenten verhandelt wird, Zeitgewinn zu neuen reaktionären Plänen zu arbeiten. Viele unentwegten Feinde der Demokratie und der Arbeiterklasse kümmern sich den Teufel darum, daß die allgemeine Situation immer schwieriger und gefährlicher wird. Sie scheuen sich nicht um das anwachsende Defizit der Reichsfinanzen, nicht um die verfahrenere Situation der Wirtschaft und Handelspolitik, um die außenpolitischen Probleme. Sie wollen nur eins: sie wollen die Diktatur des Klassenkampfes von oben gegen das Volk und seine Rechte weiterstreben. So toller die Zustände, um so wohler fühlen sie sich, um so drecker werden sie. Diese Kreise sind es, die in Herrn von Papen ihren Preisrichter erblicken. Niemand im Volk steht hinter ihm außer diesen Kreisen.

Sie spielen mit dem Feuer! Papen wieder Reichskanzler, das wäre ein Faustschlag gegen das Volk, eine Provokation des Parlaments! Nach den Ereignissen der letzten Tage ist noch klarer als zuvor, daß ein neues Kabinett Papen nichts anderes ist als eine deutschnationale Parteiregierung gegen das Volk! Papen darf nicht wiederkommen, wenn die Situation nicht unheilvoll verschärft werden soll. Es darf nicht wieder geschehen, daß dem Volk die Diktatur einer deutschnationalen Parteiregierung unter der Maske einer überparteilichen Regierung auferlegt wird. Die Fortsetzung der gegenrevolutionären Pläne des Klassenkampfes von oben, wird den Widerstand, den Herr von Papen erfahren hat, verdoppeln und verschärfen!

Das gilt nicht nur für die Person des Herrn von Papen. Das gilt auch für jeden Versuch, mit einem anderen Namen das selbe System aufrechtzuerhalten und fortzusetzen. Es war nicht nur von Papen allein, der die Attentate gegen die Weimarer Verfassung geritten, der die volksfeindlichen Verfassungspläne vertretet, der die Politik der sozialen Bedrückung des Volkes verfolgte, er hat in Hand in Hand mit ihm haben Männer aus dem Kreise der ostelbischen Junker gearbeitet. Katastrophopolitiker, die nur ein Ziel kannten: Deutschland unter die Fidelehaube eines reaktionären Stelbierturns zu bringen! Dies Parteidiktator hat die Empörung des ganzen Volkes hervorgerufen. Wird es fortgesetzt, so wird die Gefahr einer Explosion heraufbeschworen!

Nie wieder Papen, in keinerlei Gestalt!

Der Eieranzug des großen Germanen

Wir haben schon wiederholt festgestellt, welchen politischen Eieranzug seit Monaten die „Schlesische Zeitung“ aufhört, wie sie heillos zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen bzw. den Leuten vom Herrenklub und der Regierung Papen hin- und hergewankt. Wie sie in der einen Woche, wenn sie einen ordentlichen Rüssel von der Nazipresse bekommen hat, wieder nazifreundlich schreibt, und in der anderen Woche, wenn hervorragende Deutschnationale sie gerüstet haben, wieder für Papen und die Deutschnationalen eintritt. Ein überwältigend komisches Beispiel dieses heillosen Schwankens ist der Leitartikel dieses Blattes in seiner gestrigen Sonntagsausgabe.

Der neueste Dreh, den das Blatt gefunden hat, ist, daß es in gewissen Grenzen versucht, für beide, sowohl für Hindenburg und seine Präsidialregierung als auch für Hitler, zugleich einzutreten. Der Saksenjammer über die Ereignisse der letzten Woche ist außerordentlich. Auf der einen Seite bedauert das Blatt in verzerrten Tönen, daß aus der Berufung Hitlers wieder nichts geworden ist. Es meint, daß damit wieder große Hoffnungen der nationalen Kreise zu Grunde getragen worden seien. Auf der anderen Seite wird aber an der Handlungsweise Hitlers weitgehend Kritik geübt und das Blatt sieht sich dabei sogar gezwungen, die Kritik, die wir an dem Verhalten Hitlers geübt haben, als richtig zu bekräftigen. So wird auch die „Schlesische Zeitung“ Hitler vor, daß er zunächst etwas zugefagt hat, was er dann kurz darauf wieder ablehnte. Sie wirft ihm weiter vor, daß Hitler es überhaupt unterlassen hat, mit anderen Parteien über die Frage einer Mehrheitsbildung und die Bildung einer parlamentarischen Regierung zu verhandeln, daß er diesen zuerst von ihm angenommenen Plan wieder aufgab, ohne überhaupt den Versuch seiner Durchführung zu machen. So kommt sie zu dem Schluss, daß unsere Forderung, Hitler habe sich in seiner eigenen Schlinge gefangen, richtig ist. Aber auch mit der Politik Hindenburgs ist die „Schlesische Zeitung“ nicht ganz einverstanden. Das wird zwar nicht deutlich gesagt, es geht aber klar aus dem Gegenüberstand herab, mit dem sich der große Politiker Ball erlaubt. Hindenburg unter die Arme zu greifen und ihm zu zeigen, wie man die gegenwärtig verfahrenere Situation meistern könnte. Hindenburg wird entzweit sein. Wir sehen der Berufung des Herrn Ball nach Berlin entgegen. Interessant dabei ist aber, und das läßt den tiefgreifenden Wandel der Dinge an deutlichsten hervortreten, daß die „Schlesische Zeitung“ die monatelang die Politik Papens begeistert verteidigt hat, sein rückwärtiges Vergehen gegen die Mehrheit des Volkes mit aller Kraft unterstützte, jetzt anfängt, sich auch darin zu verdingen. Die „Schlesische Zeitung“ gibt nämlich jetzt plötzlich an, daß die Präsidialpolitik nahezu dem ganzen Volk entzweit sei und daß auch ihre bisherige geringe Befolgung nur noch mit halbem Herzen bei ihr

Hitler forderte wohl eine Präsidialregierung

Von der „Schlesischen Tageszeitung“ bestätigt

Wir haben in den letzten Tagen wiederholt festgestellt, daß Hitler deshalb wieder aus eigener Unfähigkeit und Schuld gescheitert ist, weil er ganz plötzlich und ohne jeden Grund wieder seinen Standpunkt in der Regierungsfrage völlig gewechselt hat. Während er in dem Kampfe gegen die Regierung Papen die ganzen letzten Monate hindurch gegen die Präsidialregierung aufgetreten ist und eine parlamentarische Mehrheitsregierung gefordert hat und während er noch in dem Anfang der Verhandlungen mit Hindenburg gegen den Auftrag, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden, nichts einzuwenden hatte, hat er dann ganz plötzlich, ohne überhaupt mit den anderen Parteien verhandelt und die Frage gepörrt zu haben, ob eine parlamentarische Mehrheit für seine Regierung zu finden ist, von Hindenburg verlangt, er solle ihn zum Chef einer Präsidialregierung machen. Mit Recht hat dieser scharfe Stellungswechsel, dieses ganz plötzliche Verleugnen alles dessen, was er in den letzten Monaten gerade selbst verlangt hat, in der Öffentlichkeit größtes Aufsehen erregt und die Stellung Hitlers und der NSDAP. außerordentlich verächtlich.

Aus diesem Grunde bemühen sich denn auch die NSDAP. ihre offizielle Pressestelle und auf deren Kommando die gesamte Nazipresse, zu leugnen, daß Hitler von Hindenburg die Berufung zum Chef einer Präsidialregierung verlangt habe. Auch in seinem Schreiben an den Staatssekretär Meißner hat Hitler das bestritten und behauptet, er hätte ja gar keine Präsidialregierung verlangt. Das ist nichts als eine, na, sagen wir Unwahrheit.

Wer den Briefwechsel zwischen Meißner und Hitler gelesen hat, wird aus diesem Briefwechsel schon selbst entnehmen haben, wie unklar das ist, denn in seinem zweiten Briefe an Meißner hat Hitler ausdrücklich die Bildung einer Präsidialregierung vorgeschlagen. Darüber hinaus aber läßt sich auch sonst noch der Beweis führen, daß Hitler tatsächlich eine Präsidialregierung verlangt hat.

Man nehme zum Beispiel die Ausgabe Nr. 264 vom Donnerstag, 24. November, der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“. Was findet man dort auf der ersten Seite liegend? Einen Artikel mit der zweifelhafte Überschrift: „Präsidialkabinett unter Hitlers Führung.“ Daraus geht also deutlich hervor, daß die „Schlesische Tageszeitung“ selbst den Gegenüberstand Hitlers als einen Vorschlag zur Bildung eines Präsidialkabinetts unter Hitlers Führung aufgefaßt hat.

Eine um so größere Unverschämtheit ist es, wenn dasselbe Blatt jetzt ebenfalls in den Chor derjenigen einstimmt, die behaupten, Hitler habe ein solches Präsidialkabinett nicht verlangt. Aber die Nationalsozialisten mögen das abstreiten, so viel sie wollen. Sie werden der Deffektivität darüber keinen Sand in die Augen streuen können. Gerade dadurch, daß die Verhandlungen auf Wunsch Hitlers schriftlich festgelegt wurden, ist Hitler selbst diesmal vor aller Deffektivität festgenagelt worden, und gegen den klaren Wortlaut seiner Briefe wird ihm auch alles Abstreiten nichts nützen.

Herr. Hört, hört!, kann man da nur sagen. Endlich scheint es zu dümmern, daß man in einer so schweren Notzeit nicht gegen 90 Prozent des Volkes regieren und auf ihm dauernd in der brutalsten Weise herumtrampeln kann, wie das in den letzten Monaten geschehen ist.

Wahrscheinlich glaubt die „Schlesische Zeitung“ besonders klug zu handeln, wenn sie in der unentschiedenen Situation sich für keine Richtung klar entscheidet, weder für die Nationalsozialisten, noch für die Papen- und Herrenklub-Leute. Man kann ja nicht wissen, wie die Regierungskrise schließlich endet, wer schließlich die Macht ergreifen wird. Da muß man sich natürlich alle Wege offen halten. Die Frage ist nur, ob das nicht ein Verzicht an untauglichen Dingen ist, ob sich die „Schlesische Zeitung“ nicht damit mit Grazie zwischen alle Stühle legt, so daß nachher niemand mehr etwas von ihr wissen will. Es ist oft genug betont worden, daß in solchen Zeiten wie den unseren erste Pflicht jedes Politikers ist, daß er für seine Ueberzeugung gestandhaft, daß er nicht schwankt, sondern einen klaren Weg und ein klares Ziel seines Strebens erkennen läßt. Wer aber so haltlos hin- und herzwankt, wie die „Schlesische Zeitung“, der wird in solchen Zeiten von allen Aufrechten, in welchem politischen Lager sie auch stehen mögen, nur verachtet.

Herriot berät über Amerikas Antwort

Paris, 28. November. (Eigener Juntbericht.)

Die Konferenz der französischen juristischen, finanziellen und diplomatischen Sachverständigen, die am Sonnabend unter dem Vorsitz Herriots über die amerikanische Antwortnote in der Schuldfrage eine Beratung abhielten, hat nach Mitteilungen der Pariser Sonntagsblätter keinen Beschluß gefaßt. Es handelte sich bei dieser Besprechung vielmehr darum, Herriot genau über die verschiedenen Seiten des Problems zu unterrichten, damit der Ministerpräsident in einem Kabinettsrat in voller Kenntnis der Sachlage seine Vorschläge für das weitere Verhalten Frankreichs machen kann.

Am Sonntag hatte der Ministerpräsident eine Unterredung mit dem Finanzminister. Nach dem „Populaire“ wird u. a. der Plan erwogen, statt der am 15. Dezember fälligen Rate nur die Zinsen dieser Rate zu bezahlen. Der Meinungs-austausch zwischen Paris und London geht inzwischen weiter.

Auch Polen soll zahlen

Warschau, 28. November. (Eigener Juntbericht.)

Die polnische Regierung hat auf ihre Demarche zwecks Vertagung der am 15. Dezember fälligen Schuldzahlung in Amerika von der Washingtoner Regierung eine ablehnende Antwort erhalten. Die Antwortnote vertritt die Warschauer Regierung auf eventuelle Besprechungen zur Neuregelung des gesamten polnischen Schuldendienstes an Amerika, die von einem Ausschuss des amerikanischen Kongresses geführt werden müßten. Von polnischer Seite wird verkündet, daß man trotz der Zurückweisung noch weitere Schritte in Washington zu unternehmen gedenke, um eine Verschiebung des herannahenden Zahlungstermins zu erreichen.

Japans Vorschläge für Flottenabrüstung

Genf, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)

Ueber den Inhalt der japanischen Flottenabrüstungs-vorschläge für die Besprechung der Seemächte verläutet, daß Japan bereit ist, in eine gemeinsame und gleiche Herabsetzung der Tonnengröße und der Bewaffnung von Linienschiffen und Kreuzern einzustimmen, ebenso in eine dem bisherigen Verhältnis der Flotten entsprechende Beschränkung der Gesamttonnage. Außerdem wird das Verbot aller Seeflugzeuge, Flugzeugmutter-schiffe und Landungs-vorrichtungen auf Schiffen vorgeschlagen. Ziffern sollen erst festgestellt werden, wenn man sich über die Grundzüge der Beschränkung geeinigt hat. Mit dem Verbot der Marine-luftfahrt will Japan erreichen, daß es zur Luft weder von Amerika noch von England her bedroht werden kann, da beide ohne Flugzeugträger nicht zur Luft nach Japan und zurück gelangen können. Ueber das Verbot der U-Boote ist in dem Vorschlag nichts gesagt. Japan erklärt sie im Interesse seiner Schlagkraft bekanntlich als Verteidigungswaffen.

Trotzli darf auch nach Schweden

Stockholm, 26. November. (Eig. Drahtbericht.)

Trotzli hat von der schwedischen sozialdemokratischen Regierung die Einreisebewilligung erhalten. Er ist von den Studenten der Universität Lund zu einem Vortrag eingeladen worden.

Der Kampf um den Alkohol in USA

Washington, 26. November.

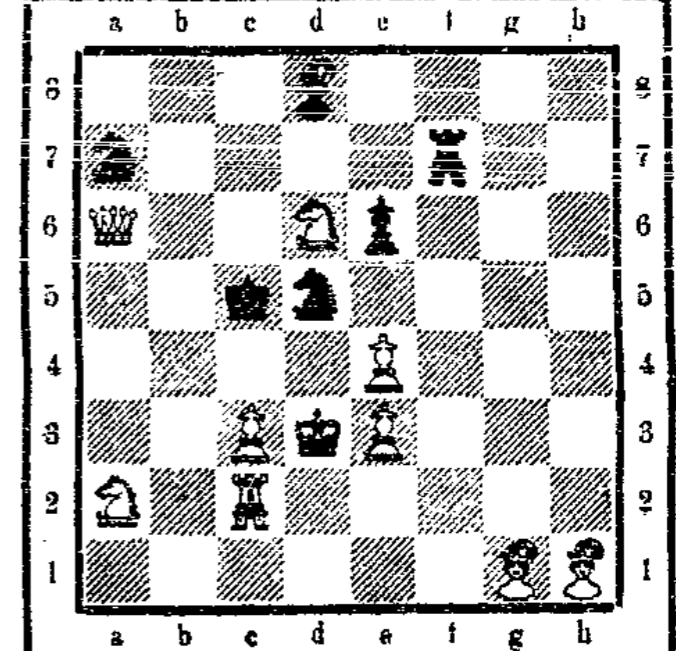
Die Abstimmung im Bundesrepräsentantenhaus über den Prohibitions-widerruf wurde auf den ersten Sitzungstag am 5. Dezember festgelegt. Demokraten und Republikaner erklärten sich damit einverstanden. Das Ergebnis der Abstimmung ist jedoch bedeutungslos, solange es nicht von einer Zweidrittelmehrheit des Senats gebilligt und von min-

destens 36 Bundesstaaten ratifiziert ist. Die Bierauslassungsvorlage wurde vorläufig zurückgestellt. Sie soll später als Steuermaßnahme eingebracht werden.

Der in Cincinnati tagende Gewerkschafts-Kongress sagte dem Gangsterium den schärfsten Kampf an, das in Erwartung der baldigen gesetzlichen Zulassung die Bier-industrien an sich zu reißen bemüht ist. Das Gerücht, daß der Verband der Restaurant-Angestellten von den Capone-Gangstern beherrscht werde, ist demontiert worden. Der Brauereiarbeiter-Verband verlangt eine durch den Bund kontrollierte Spezialbrauereizulassung und hat Kampfmaßnahmen gegen das Eindringen der Gangsterbanden in die Gewerkschaften vorgeschlagen.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften und Lösungen an: R. Rittner, Breslau 17, Böbelwitzstraße 22. Aufgabe Nr. 294. R. Malucha, Breslau (Original). Breslau, im November 1932.



Mat in zwei Zügen. Weiß: Kd8, Da6, Tc2, Lg1, h1, Sa2, d6, Bc3, e3, e4 (10). Schwarz: Kc5, T17, Ld8, Sa7, d5, Dd6 (6).

Lösungen

Aufgabe Nr. 291. Sagemann, 1. Sd5-b4! Droht Ta+ und Sc2+. 1... Tc8-c8; 2. Ta5-c5, TXT; 3. Lh2-e5+, TXe5; 4. Ta2+, LXa2; 5. Sc2+. Wie Weiß die Drohung doch durchführt, ist irrelevant. Eine schöne Aufgabe, welche gefallen hat. Richtige Lösungen sandten: Fr. Lehmann, B. Immich, R. Hellner, Th. Kowaczek, B. Hiller, E. Knappe, D. Baumgarten, R. Malucha.

Wittindisch

Ge spielt im Arbeiter-Schachverein Breslau; durch Lokal-Korrespondenz.

Weiß: Max Schlesinger. Schwarz: Richard Rittner. 1. d2-d4, Sg8-f6; 2. Sg1-f3, d7-d6; Wittindisch! War Reits des Schwarzen Lieblingspiel, nun hält er davon nicht mehr viel. 3. Sb1-c3, Sd8-d7; 4. e2-e4, e7-e5; 5. Lf1-c4, Lf8-e7; 6. 0-0, e5x4d4; Schwarz denkt: Weiß ist ein wilder Angriffsmann; am besten scheint, ich greif ihn selber an. Doch wird den Schwarzen inselbst dabei, Weiß legt auf einen Schelm gleich wei. Das beste war, um auszugleichen, der König würde in die Ecke schleichen (0-0). 7. Sf3x4d4, Sd7-e5; 8. Le4-e2, Le8-d7; 9. f2-f4, schon legt der Gegenangriff ein, vom Weissen ist das grad' nicht fein. 9... Se5-g8; Schwarz will f5 wohl pränotieren; doch besser war, das Pferdchen nach c6 zu führen. 10. f4-f5, Sg6-e5; 11. Lc1-f4, Se5-c6; 12. Le2-f3, SX5, Schwarz denkt, nun greif ich grade an; ich will doch sehen, ob ich nicht besser stehen kann. 13. DXS, c7-c5; 14. Dd4-d2, Dd8-b6? Ich hielt den Zug für wunderbar; doch Maxen sagt, das wollen wir erst sehen. Ich greif dich an, und kannst du dies parieren, so wirst du eben auf andre Art verlieren. 15. e4-e5! d5x5; 16. Lf4x5, Ta8-d8. Ha! Ha! Jetzt müßtst du rochieren! Ja, Scheibe, nun geht dir's an die Kieren. Sofort Rochade hält; keinen Zweck, da wäre der Damenläufer weg. 17. LX5f6, Le7x6; 18. Sc3-d5, Dd6x6. Indeß die Dame einen Raubzug macht, das Haus in allen Ecken kracht. Doch anderes hätte ebensowenig Sinn, wo soll denn auch das Frauenzimmer hin? 19. Dd2-e3+, Dd2-e5. Soz ich den Läufer jetzt daswischen, würde mich der Rerz wie folgt erwischen: Er spielt ganz harmlos e2 bis dret, ich zieh f8, er DXe5 und aus war meine Koiferei. 20. SXLf6+! g7x6; 21. Dd3-h6! Dies Weißkud bringt mich noch zur Kalerei; mein Weiß muß fort, sonst ist's vorbei. 21... Dc5-d4+; 22. Kd1-h1, Ld7x5. Um mich vor Untergang zu wahren, muß ich dies arme Bauerlein verzehren. 23. Ta1-e1+! Lf5-e6; 24. Te1xLe6+! Das sieht ihm ähnlich, diesem Weiden; ich glaub, ich muß Konkurs anmelden. 24... f7x6; 25. Dh6-g7! Ich hab zwei Bauern und die Qualität als Plus, was nutzt es, wenn ich aufgeben muß. So entringt hies Schmetalls meiner Brust, es drabt ja Matt oder Turmverlust.

Das interessante Spiel ist aus. Für mich war die Geschichte ein Graus. Doch eines muß ich Maxen sagen, du hast mich einwandfrei geschlagen. Mein eigenes des Matrozieren, ich muß wohl die Partie verlieren. Doch da ich's selber wollt' ich haben, darf ich mich jetzt auch nicht beklagen. Im andern Spiel konnt ich ihn tödren, da müßtst du die Waffer krasen. Wir werden freilich uns die Hände, denn eins zu eins, Reits, das war das Ende. (Anmerkungen in Reime vom Führer der schwarzen Steine.)

Breslauer Nachrichten

Helene Meyer und der Naziredakteur!

Warum Hg. Kiedel an die frische Luft gefeiert wurde
Die Nazibanden von der Bischofstraße mögen in den ersten
Wochenberichten nicht sehr erfreut gewesen sein, als sie in unserem
Waldenburger Bruderblatt, der „Schlesischen Bergwacht“,
sahen, daß der derzeitige Schriftleiter der nationalsozialistischen
Waldenburger Tageszeitung sich früher schon einmal um einen
Waldenburger bei der „Bergwacht“ beworben habe. Aber noch nicht
genug. Dieser Schriftleiter Hg. Kiedel wagte es sogar, in
einigen Blättern einmal eine Lobeshymne über die deutsche
Kriegsheimkehrerinnen Helene Meyer, die doch bekanntlich die Tochter
eines jüdischen Sanitätsrates ist, auszusprechen, und schon konnten
sich hunderttausend die Waldenburger Nazifreien über und wänden
und beschwerdeführend an den Gauverlag in Breslau. Aber auch
dieser Hg. Kiedel den pp. Führern mancherlei Sorgen.
Einmal wurde Klage geführt, daß Hg. Kiedel völlig unhaltbare
Verleumdungen in die Welt sende, ein anderes Mal wurde der
Waldenburger wieder gerügt. So beschloß nun der geplagte Gau-
verlag, den marxistisch angehauchten Naziredakteur an die frische
Luft zu setzen.
Kontaktsbrannt ließ nun Hg. Kiedel zum Breslauer
Arbeitsgericht und verklagte den N.S.-Gauverlag auf Zahlung
von 150 Mark. Bei der nun kürzlich stattgefundenen Gerichts-
verhandlung war es auch ganz interessant, etwas über die arbeits-
rechtlichen Grundlagen des Prozesses zu hören. Der Gauverlag
hatte den Hg. Kiedel nämlich nur auf drei Probemonate angestellt.
Nun ist nun vor der Bezahlung des Tariflohnes zu drücken, wurde
auf die Art von Kiedel abgefragt. Nach diesem sollte Hg.
Kiedel nur ein Monatsgehalt von 150 Mark erhalten. Für das
„Dritte Reich“ wurde ihm allerdings ein Gehalt von 200 Mark in
Zukunft gefordert. Doch dazu ist es nie gekommen. Da er am
1. September schon fristlos entlassen wurde, forderte er zunächst
die Bezahlung der Kündigungsmontate. Dann aber wollte er noch
200 Mark als Nachzahlung für die Tarifdifferenz haben. Für
den Fall, daß er mit diesem Einwand nicht durchkäme, forderte er
die Bezahlung der Überstunden in Höhe von 230 Mark.
Die 4. Kammer des Arbeitsgerichts bereitete aber dem
Naziredakteur eine herbe Enttäuschung. Da K. einen befristeten
Vertrag abgeschlossen hatte, durfte er selbstverständlich keine
Kündigungserfordernisse für sich in Anspruch nehmen. Da aber wiederum
bei befristeten Verträgen nicht fristlos gekündigt werden darf,
erhielt K. nur die Bezahlung der Zeit ausgedrückt, die zwischen
dem Kündigungstermin und dem Ablaufstichtag des Vertrages lag.
Da das Gehalt vorher vereinbart war, kann sich Hg. Kiedel
auch nicht auf das höhere Tarifgehalt berufen. Auch seine Über-
stundenforderung war haltlos, da ja Redakteuren keine genaue
Arbeitszeit vorgeschrieben ist. So mußte Hg. Kiedel eben mit
den geringfügigen 150 Mark vorlieb nehmen.
Nun wird er von Hg. Meyer aber genug haben...

Den Alten zur Ehr' den Jungen zur Lehr'!

Der zur Abteilung Südwest gehörende Distrikt 3 der
Breslauer Parteiorganisation versammelte am Sonnabend im
Park bei den „Jägerhof“ seine Jubilare, um ihnen für ihr
Wirken im Dienste des Sozialismus Dank zu sagen. Dreiund-
zwanzig Genossinnen und Genossen, die der Sozialdemokratischen
Partei 25 Jahre und länger, zum Teil vier Jahrzehnte an-
gehören, unter ihnen auch Genosse Paul Löbe, hatten sich ein-
gefunden und Genosse Kuller dankte ihnen in seiner
Feierrede für ihre Bemühungen, die sie ein Menschenalter hindurch
auf sich genommen haben, in der Ueberzeugung, der Arbeiterklasse
zu dienen. Einen besonderen Appell richtete er an die der Feier-
stunde ebenfalls zahlreich beizuhörende jüngere Generation, den
Alten nachzueifern und an dem Bau weiterzuschaffen, den die
Jubilare ein gutes Stück vorwärts gehen sehen.
Für die Jubilare, denen von der Distriktsleitung die silberne
Ehrennadel und die Geschichte der örtlichen Bewegung über-
reicht wurde, dankte Genossin Pohl, und auch Genosse Löbe
nahm das Wort, um Rückbau zu halten über die politische Ent-
wicklung und die Ereignisse in Breslau im Laufe der letzten
Jahrzehnte.
Die Veranstaltung, die von ernsten und heiteren
Regitationen der „Gruppe Junger Sozialdemokraten“ umrahmt
wurde, hielt jung und alt noch einige Stunden gemüßlich bei-
einander und manche alte Erinnerung an die Zeiten, da es nicht
so einfach war, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei zu
sein, wurde ausgetauscht.

Gerhart Hauptmann-Büste

Im Sommer dieses Jahres hat der hiesige Bildhauer
Walter Wadepuhl eine überlebensgroße Porzellanbüste
von Gerhart Hauptmann geschaffen. Diese Büste wurde
zuerst in der Ehrenhalle unserer Gerhart-Hauptmann-Ausstellung,
dann vom Schlesischen Künstlerbund in einer Ausstellung im ehe-
maligen Generalkommando gezeigt und erregt zurzeit berechtigtes
Aufsehen in der Berliner Gerhart-Hauptmann-Ausstellung.
Der Bronze-Abguss dieser Büste ist von dem bekannten Ver-
lagsbuchhändler S. Fischer, Berlin, der sämtliche Werke
Gerhart Hauptmanns herausgebracht hat, erworben und nun-
mehr zum 70. Geburtstag des Dichters dem Gerhart-Hauptmann-
Theater zur Ausstellung im Foyer des Theaters geschenkt worden.
Weiteste Kreise werden es begrüßen, daß durch dieses Ge-
schenke die wertvolle Arbeit des jungen Breslauer Künstlers nach
Schluß der Berliner Ausstellung in unserer Stadt an einer der
Allgemeinheit zugänglichen Stelle zur Ausstellung gelangt und
das Gerhart-Hauptmann-Theater damit einen künstlerischen
Schmuck erhält, wie er jüngemäßer nicht gedacht werden kann.

Offerten unter „Christkindel“

Wie Großbetrüger zu arbeiten pflegen, ergibt sich aus polizei-
lichen Ermittlungen, die einem Gauner von Format auf die Spur
gekommen sind. Ein schwer vorbestrafter Syndikus Fod hat am
Donnerstag voriger Woche ein Inserat in 80 deutschen Zeitungen
aufgegeben, das folgenden Wortlaut hat:

10 000 Mark bar
Demjenigen, welcher ein Kind distretter Herkunft als eigen annimmt,
keine weiteren Verpflichtungen. Ein erhält weitere 5000 Mark in der
bei Begehrigkeit durch Verhinderung. Offerten unter „Christkindel“ an
die Expedition dieses Blattes.

Wie viele Interessenten würden sich wohl in der heutigen
Zeit für dieses distret hergekommene Kindlein finden? Der
Mann brauchte wirklich nicht 80 deutsche Zeitungen in Anspruch
nehmen, um dieses Kindlein unter so ersäunlichen Bedingungen
loszuwerden. Die Schliche, hinter die die Polizei gekommen ist,
sind ganz anderer Art. Der Mann hat offenbar gar kein Kind,
das er nicht 10 000 Mark loswerden möchte. Er schreibt den Inter-
essierten nur einen Brief, daß er erst Erkundigungen über ihre
Person einzutragen müsse und für diese Erkundigungen über ihre
Person sei ein Kostenvorschuss von 20 Mark erforderlich, den der
Christkindelwahrer bezahlen müsse, ehe er in den Kreis der Vater-
sprantzen kommt.

Die Kleinen sollen die Zeche bezahlen
Neue Steuerpläne gegen die ambulanten Gewerbetreibenden

Schon oft hat die ungerechte Bewertung, die der kleinste Ge-
werbetreibende erfährt, im Mittelpunkt der Erörterungen ge-
standen, denn es bleibt nun einmal ein Unrecht, daß sich jeder-
mann ein Geschäft eröffnen kann, während der Handelsmann, der
ambulante Gewerbetreibende, der einen Wandergewerbeschein
haben will, den Nachweis führen muß, daß er unbedarft ist und
mindestens ein Alter von 25 Jahren erreicht hat. Mit diesen
Dingen hat sich das als Wirtschaftsfaktor nicht unbedeutende Ge-
werbe aber abfinden müssen, um keine Kraft viel gefährlicheren
Anfeindungen entgegenzustellen, die von verschiedenen Inter-
essenten vorwärts getrieben werden.

Die verschiedenen Arten dieses Kampfes gegen das ambulante
Gewerbe kamen in einer öffentlichen

Rundgebung des Reichsverbandes
ambulanter Gewerbetreibender

zur Sprache, die aus Anlaß der in Breslau stattgefundenen Gau-
tagung der Organisation gestern im Artissgarten veranstaltet
wurde. Der Verbandsvorsitzende Kollege Lehmann-Berlin
nahm in einem längeren Vortrage zu den Dingen Stellung, kenn-
zeichnete die seit einiger Zeit im Wirtschaftsleben wieder besonders
kraft in Erscheinung tretende Subventionspolitik und hob hervor,
daß das Wandergewerbe in diesen Schrei nach staatlichen Unter-
stützungen nicht einfließt, obwohl es ebenso unter dem Druck der
Wirtschaftskrise zu leiden hat, wie alle anderen Erwerbszweige.

Ganz entschieden steht es sich dagegen zur Wehr, daß
interessierte Kräfte daran arbeiten, dem kleinsten Ge-
werbetreibenden neue Lasten aufzubürden, um ihn welt-
bewerbsunfähig zu machen. Da ist nicht nur die seit
Jahren betriebene Aenderung der Reichsgewerbeordnung,
mit der darauf abgesehen wird, die Erteilung einer
Handelsverlaubnis vom Nachweis eines Bedürfnisses ab-
hängig zu machen und das Alter, das zur Erteilung eines
Gewerbebescheines Voraussetzung ist, auf 30 Jahre herauf-
zusetzen.

Nicht mit Unrecht flocht bei diesem Punkte der Redner die
sarkastische Bemerkung ein, diese Altersgrenze bald auf 35 Jahre
heraufzusetzen, denn dann könne man wenigstens den Vergleich
ziehen, daß man mit 35 Jahren Reichspräsident der deutschen
Republik und Wandergewerbetreibender werden könne. Auch für
eine neue Besteuerung seien Pläne in Aussicht genommen, und
während es auf der einen Seite Steuergutscheine gebe, habe man
für das ambulante Gewerbe eine Aenderung vor und beabsichtige,
aus der bisherigen Pauschalsteuer für den Gewerbebeschein eine
Steuer nach dem Jahresertrage zu machen. Dagegen wäre an
sich nichts zu sagen, wenn der ambulante Handel wenigstens jedem
anderen Gewerbetreibenden gleichgestellt werden würde und ein
Jahresertrag von 1500 Mark steuerfrei bliebe. Aber weil diese
Steuerfreigrenze für den ambulanten Gewerbetreibenden nicht
gelten soll, sei das neue Unrecht gekennzeichnet, das man vor-
bereite. Wo die verschiedensten Kräfte zusammenstehen, um dem
ambulanten Gewerbe den Garau zu machen, da stehen auch die
Haus- und Grundbesitzer nicht abseits, und so sind, wie der
Redner ausführte, diese Kreise jetzt auf den Einfall gekommen,
eine La de la chaise zu fordern, weil ja der Straßen-
händler, der vor einem Hause steht, unter Umständen einen Grund
und Boden benutzt, der als Privateigentum deklariert werden
könnte. Man hat auch schon Zahlen genannt und will sich mit
einer Gebühr von 50 Pf. pro Tag und Quadratmeter begnügen.
Ein Händler mit einem drei Quadratmeter großen Wagen hätte
also dafür, daß er auf der Straße stehen darf, im Monat 45 Mark
zu bezahlen. In dieser Zumutung kennzeichnete sich die Bedeutung
der Angriffe, die man gegen das ambulante Gewerbe organisiert.

Der Vortrag klang aus in einem Appell, geschlossen zu-
sammensitzenden, weil nur eine achtungsgebietende Organisation
diesen dunklen Plänen Einhalt zu gebieten vermag.

Den mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen
folgte eine Ausprache der eingeladenen Vertreter politischer
Parteien. Für die SPD. nahm Genosse Kuller das
Wort. Er beschäftigte sich besonders mit der Haltung der Nazis
gegenüber den kleinsten Gewerbetreibenden. Tand da kürzlich in
Striegau eine Versammlung der Handwerker und Gewerbe-
treibenden statt, zu der auch einige ambulante Händler erschienen
waren.

Der Breslauer nationalsozialistische Malermeister Streit
schwang sich als Redner zu der Feststellung auf, daß das
ambulante Gewerbe ein ganz unbedeutender Faktor im
Wirtschaftsleben sei und ob seiner untergeordneten Rolle
deshalb auch ruhig verschwinden könne. Die Sozialdemo-
kratie bringe ihr Interesse gerade für die Kleinsten der
Gewerbetreibenden am eindeutigsten zum Ausdruck, da
sie einen Reichstagsabgeordneten stellt, der dem Reichs-
verband ambulanter Gewerbetreibender angehört.

Nach weiteren Erklärungen eines kommunistischen Redners und
eines Zentrumsvertreters nahm die Versammlung nach dem
Schlußwort ihres Verbandsvorsitzenden eine längere Ent-
schließung an, die scharf gegen die den Rahmen der Unständigkeit
überschreitenden Verdächtigungen des Hausier- und Straßen-
handels protestiert. Es heißt dann in der

Entschließung:

„Weit schwerer zu beurteilen ist eine Bejubelung des
Deutschen Industrie- und Handelslages, die darauf hinauszielt, die
ambulanten Gewerbetreibenden steuerlich so zu belasten, daß die
Ausübung des Gewerbes zur Unmöglichkeit, zumindest un-
rentabel wird. Da ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, diese
Angelegenheit vertraulich zu behandeln, um nicht die Kreise
des Wandergewerbes aufmerksam zu machen, so ersieht sich, daß
auch die Vertretung der Industrie- und Handelskammern nicht
die Aufgabe erfüllt, zu der sie berufen ist, nämlich die Wahr-
nehmung der Interessen aller Handel- und Gewerbetreibenden.“

Das Preussische Finanzministerium hat eine Anweisung
erlassen, wonach für den Gewerbebetrieb im Umherziehen statt der
bisherigen Pauschalsteuer für den Wandergewerbebeschein eine solche
nach dem Jahresertrag zu berechnen ist.

Die Verjammeren hatten dieses Verfahren für unzulässig
und verlangen, falls diese Art der Steuerberechnung zur An-
wendung kommt, die gleiche Behandlung wie das stehende
Gewerbe, die Freistellung von der Gewerbesteuer bis zu einem
Jahresgewerbeertrage von 1500 Mark.

Bei der beabsichtigten und jetzt durch den Reichsrat zum
Gesetz erhobenen Aenderung der Reichsgewerbeordnung wird das
ambulante Gewerbe in keiner Entwicklungsfähigkeit stark
beeinträchtigt. Durch die Einführung des Bedürfnisnachweises
kann der ambulante Gewerbebetrieb, namentlich der Straßen-
handel, zum Unterschied von allen anderen Gewerbsarten beliebig
eingeschränkt oder völlig unterbunden werden.

Die ambulanten Gewerbetreibenden aller Sparten sind sich
der volkswirtschaftlichen Bedeutung ihres Gewerbes bewußt. Sie
sind davon überzeugt, daß nicht nur ein sehr erheblicher Teil der
Volkshenossen im ambulanten Gewerbe Erwerb und Brot findet,
sondern daß darüber hinaus Großhandel und Industrie an dem
Weiterbestehen dieser Abzweigungen ein erhebliches Interesse
haben. Nicht durch Einschränkung des ambulanten Gewerbe-
betriebes läßt sich die augenblickliche Wirtschaftskrise lösen, sondern
durch Wettbewerbsfreiheit im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen.

Das deutsche Wandergewerbe fordert keine Ausnahmestellung
im Wirtschaftsleben, verzichtet auf Staatshilfe und Subventionen,
verlangt aber, als gleichberechtigter Wirtschaftsfaktor behandelt zu
werden und beauftragt seine Organisation, den Reichsverband
ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, mit allen zu Gebote
stehenden Mitteln für Freiheit und Gleichberechtigung des
Gewerbes einzutreten.

Advertisement for OBERST cigarettes. Large stylized text: 'Sicher würde sich Ihre Frau freuen'. Below: 'OBERST die 3 1/3 Pfg-Zigarette'. Image of a cigarette pack with 'OBERST' and 'OBERST MIT GOLD' visible. Text on the right: 'wenn Sie nicht so viel Geld für Zigaretten ausgeben möchten. Es ist natürlich schwer, für jemanden, der sich an bessere Marken gewöhnt hat, billigeren Sorten Geschmack abzugewinnen. Wenn Sie Ihrer Frau die kleine Freude machen wollen, ohne selbst ein Opfer zu bringen, dann sollten Sie OBERST rauchen, die auf 3 1/3 Pfg herabgesetzte 5 Pfg-Zigarette. Die ist echt macedonisch, die ist mild und aromatisch, wie Sie's gewöhnt sind. bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.'

„... und der „Rum“ ... darf nur von „Herzberg“ sein!

Jamaika-Rum-Verschnitt 38% per 1/2 Flasche 2.35 und 2.00 mit Flasche | ein ganzes Liter 2.85 und 2.45

Achtung, Winterhilfe Eichenich!

ARD. und SWP. versuchen aus der Winterhilfeaktion entgegen dem Bestuh der Vorbeziehung und der öffentlichen Ver... gegen dem Bestuh der Vorbeziehung und der öffentlichen Ver...

Blöglicher Tod

eines auswärtigen Tagungsbelegten

In einem Gasthof in der Vorwerkstraße brach am Sonnabend... In einem Gasthof in der Vorwerkstraße brach am Sonnabend...

Bei der Arbeit vom Tode überrascht

In einem Straßenbahnzug, der gestern vormittag die... In einem Straßenbahnzug, der gestern vormittag die...

Stadträte und Stadtverordnete

Dienstag, 20 Uhr, Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses, Fraktionsitzung.

Neues vom Stadttheater Breslau

Intendant Dr. Hartmann wurde von der Direktion Salten-... Intendant Dr. Hartmann wurde von der Direktion Salten-...

Paul Graeners neue Oper „Friedemann Bach“, deren... Paul Graeners neue Oper „Friedemann Bach“, deren...

Anna Kunze spielt die „Kaufleute“ in Gilberts gleich-... Anna Kunze spielt die „Kaufleute“ in Gilberts gleich-...

Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadt-... Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadt-...

Erwerbung von Straßenland der Obernigter Straße, Ver-... Erwerbung von Straßenland der Obernigter Straße, Ver-...

November 1918 — November 1932

und die Stellung der Frau

Festertunden unserer Frauen mit diesem Thema finden statt:

Montag, 28. November, 20 Uhr

Abteilung Süden:

Im Gewerkschaftshaus Furtstraße 8, Hof, Rednerin: Ge-... Im Gewerkschaftshaus Furtstraße 8, Hof, Rednerin: Ge-...

Abteilungen Scheitig, Ohlauer Tor:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14, Redner: Genosse... Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14, Redner: Genosse...

Abteilung Strehlener Tor:

Schmidt, Hubenstraße 50, Rednerin: Gen. Prochowit, ... Schmidt, Hubenstraße 50, Rednerin: Gen. Prochowit, ...

Abteilung Köpelmig:

Oberbein (Kurgarten), Frankfurter Straße, Rednerin: ... Oberbein (Kurgarten), Frankfurter Straße, Rednerin: ...

Dienstag, 29. November, 20 Uhr

Abteilung Innere Stadt:

„Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße, Redner: Genosse Gustav... „Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße, Redner: Genosse Gustav...

Distrikt 43:

bei Karraj, Groß-Pranisch, Redner: Preißhork, Müll, ... bei Karraj, Groß-Pranisch, Redner: Preißhork, Müll, ...

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung... Die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung...

Die Bücherkreise für das vierte Vierteljahr 1932... Die Bücherkreise für das vierte Vierteljahr 1932...

sind eingetroffen und sind in der Buchhandlung, Furtstraße 4, zum... sind eingetroffen und sind in der Buchhandlung, Furtstraße 4, zum...

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Die Bücherstunde am Montag (15.40 Uhr) interessiert... Die Bücherstunde am Montag (15.40 Uhr) interessiert...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung 22, heute 20 Uhr, 19.30 Uhr, 19.30 Uhr, 19.30 Uhr... Abteilung 22, heute 20 Uhr, 19.30 Uhr, 19.30 Uhr, 19.30 Uhr...

Sozialdemokratische Partei

Partei-Generalsekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170... Partei-Generalsekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170...

Die Abrechnung der verkauften Beiträge, Internationalen... Die Abrechnung der verkauften Beiträge, Internationalen...

ist für die Bezirksleiter am Montag, 28. November, bei den Bezirksleiter... ist für die Bezirksleiter am Montag, 28. November, bei den Bezirksleiter...

Abteilung 1 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 1 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiterjugend... Sozialistische Arbeiterjugend...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau... Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau...

Abteilung 1 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 1 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 2 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 2 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 3 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 3 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 4 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 4 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 5 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 5 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 6 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 6 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 7 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 7 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 8 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 8 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 9 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 9 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 10 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 10 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 11 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 11 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 12 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 12 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 13 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 13 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 14 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 14 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 15 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 15 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 16 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 16 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 17 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 17 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 18 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 18 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 19 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 19 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 20 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 20 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 21 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 21 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Abteilung 22 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus... Abteilung 22 (Scheidt), Montag, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Das oben besprochene Werk ist in der „Volkswacht“-Buch-... Das oben besprochene Werk ist in der „Volkswacht“-Buch-...

Eine Kunstgeschichte für das Volk

Die Kunstgeschichte ist ein wichtiger Bestandteil der Volks-... Die Kunstgeschichte ist ein wichtiger Bestandteil der Volks-...

sich durch Bücher keine Kenntnis der Originalkunstwerke ver-... sich durch Bücher keine Kenntnis der Originalkunstwerke ver-...

Weißer Zähne: Chlorodont

Wetsinskalender

Wangerechtsand Breslau, Alle im Streit und in Arbeit stehenden Kollegen... Wangerechtsand Breslau, Alle im Streit und in Arbeit stehenden Kollegen...

Kulturgebiet vertieren will, die Lektüre angenehmer zu machen... Kulturgebiet vertieren will, die Lektüre angenehmer zu machen...

Aus Schlesien

Schwierige Rettungsarbeiten auf den Delbrück-Schächten

Trotz fieberhaften Anstrengungen der Rettungsmannschaften sind bei den äußerst schwierigen Verhältnissen an der Anglitzsch auch im Laufe des Sonnabends nachmittags nicht möglich größere Fortschritte zu machen. Der Führer Woiakowski hat sich immer noch in der gleichen gefährlichen Lage und ist selbst von ihr bereits erschüttert, während er körperlich noch Kräfte besitzt. Trotz aller Bemühungen ist man schließlich zu einer Heberzeugung gekommen, daß es nicht möglich ist, den Führer mit der bisherigen Arbeitsmethode, sozusagen von unten von dem auf seinen Füßen lastenden Eisblock zu befreien. Man hat daher im Laufe der Nacht seinen Geleiten abwärts in die obersten Oberkörper nach oben und den Seiten geschüttelt und schließlich an einem Umgebungsstollen, um dann senkrecht durch den Eisblock auf seine Füße zu stoßen. Es ist dies eine langwierige Arbeit. Auch nach der westlichen Seite des aufgeschlossenen Schachtes wird jetzt wieder gearbeitet. Von den drei übrigen Ein- und Ausgängen hat man keine Lebenszeichen.

Am Sonntag wurde gemeldet: Die zur Befreiung des mit dem rechten Unterarm noch im hereingebrochenen Gestein eingeklemmten Führers Woiakowski durch die Kohle vorgetriebene Heberzeugung ist soweit vorgebracht worden, daß man nur noch 15 Meter von dem eingeklemmten Fuße Woiakowskis entfernt ist. Die Rettungsarbeiten werden mit aller Energie fortgesetzt. Auch der Zugang zu der Position des vierten Schächtes, der abwärts von den drei anderen liegt, ist weiter vorgebracht worden.

Woiakowski gestorben

Heute morgen erfuhr man: Der in den Delbrück-Schächten eingeklemmte Führer Woiakowski ist Montag früh an den Verletzungen gestorben. Die übrigen Rettungsarbeiten gehen weiter.

Jahrelässige Tötung oder Mord?

Am Sonnabend früh wurde in Krzanowiz auf dem Hofe Dominikus der 23-jährige ledige Arbeiter Paul Friedel erschossen aufgefunden. Bisher ist nicht einwandfrei festgestellt, ob ein Verbrechen oder jahrelässige Tötung vorliegt.

Friedel hatte am Freitagabend mit dem 27 Jahre alten Ehegatten Schuhmacher Josef Koneczel aus Krzanowiz in der Gastwirtschaft gezecht. Zwischen 20 und 21 Uhr verließen beide das Lokal und begaben sich durch den Park auf den Heimweg. Koneczel hatte eine 7,65-Millimeter-Mäuserpistole bei sich. Seine Angaben haben beide im Park je einen Schuß abgegeben. Koneczel sagte dann die Waffe wieder in die Jagdtasche. Auf dem Dominikshof zog er sie abermals. Angeblich ist er nicht geflüchtet. Nach seiner Aussage entlockte die Pistole Friedel wurde tödlich getroffen. Koneczel will angekränkt sein und nicht gewußt haben, daß die Waffe geladen war. Auf der Tat ließ er in den Park zurück und verließ die Waffe. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Ratibor, der Landespolizei und der Mordkommission werden fortgesetzt.

Recher Raubüberfall in Beuthen

Lagerhalterin bei Michowiz überfallen

Am Sonnabend, gegen 18 Uhr, erschienen vor der Wohnung der Goldwarenhandlerrin Jakobowitz in Beuthen zwei Männer. Sie für den Kaufmann zwei Pakete abgeben wollten. Als die anwesende Hausangestellte Wally Tulla erwiderte, daß sie sich um einen Irrtum handle, denn Herr Jakobowitz erwarte die Pakete, erklärten die Männer immer wieder, die beiden Pakete seien für Jakobowitz. Die Hausangestellte nahm schließlich die Pakete an. Als sie eine ihr vorgelegte Empfangsbescheinigung unterschreiben wollte, kürzten sich die Banditen plötzlich auf sie; sie drängte sie mit vorgehaltenem Revolver in die Küche und ließ sie dort unter der Drohung, sie zu erschließen, in Schach. Während dieser Zeit klingelte es an der Wohnungstür, worauf der zweite Täter drängte und anschließend noch mehrere Komplizen eintraten. Die Banditen durchsuchten dann im Wohn- und Schlafzimmer sämtliche Behältnisse. Nach einer Viertelstunde suchten sie mit den erbeuteten Schmuckstücken das Weite. Im Wegegehen ergriffte einer der Banditen die Hausangestellte noch mit einer linken Stange.

Am Sonnabend, gegen 1/8 Uhr, überfielen vor dem Konsumverein in Michowiz drei Unbekannte die Lagerhalterin der Konsumanstalt unter Bedrohung mit einem Revolver und entrißten ihr die Handtasche und eine Aktentasche, in denen sich jedoch keine Wertgegenstände befanden. Die Täter entkamen unerkannt.

Abgrenzung von Amtsgerichtsbezirken

im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau

Aufgrund des § 9 Absatz 4 des ersten Teiles der zweiten Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 hat der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium, Staatssekretär Höllcher, eine zweite Verordnung über Änderungen in der Abgrenzung von Amtsgerichtsbezirken erlassen, die am 1. Januar 1933 in Kraft tritt.

Im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau werden, im Volkschleifischen Landesdienst aus Berlin gemeldet wird, folgende Änderungen eintreten:

- Aus dem Amtsgerichtsbezirk Bernstadt die Landgemeinden Gütthaus, dem Amtsgericht Oels,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Volkshain die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Landeshut,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Bunzlau die Landgemeinden Borsdorf dem Amtsgericht Lauban,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Gnadensfeld die Landgemeinden Gütthaus und Groß-Rimsdorf dem Amtsgericht Cosel und die Landgemeinden Döllendzin, Ehrenfeld, Hahndorf und Rosjura dem Amtsgericht Ratibor,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Greiffenberg die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Friedeberg a. N.,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Groß-Strehlitz die Landgemeinden Heine und Mischlitz dem Amtsgericht Guttentag,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Kreuzburg OS. die Landgemeinden Gostau und Hasjabel dem Amtsgerichtsbezirk Bischof,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Nimptsch die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Strehlen,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Oels die Landgemeinden Schönau dem Amtsgericht Bernstadt,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Ratibor die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Ratibor,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Rosenberg OS. die Landgemeinden Gütthaus und der Gutsbezirk Thurg dem Amtsgericht Guttentag,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Strehlen die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Grottkau,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Tost die Landgemeinden Gütthaus dem Amtsgericht Gleiwitz,
- aus dem Amtsgerichtsbezirk Ujest die Landgemeinden Krzanowiz, Anteil von Renard, dem Amtsgericht Groß-Strehlitz.

Neuer Schlichter für Schlesien

Der Schlichter von Westfalen, Professor Brahn, ist zum Schlichter für Berlin, Brandenburg und Schlesien ernannt worden. Professor Brahn wird sein neues Amt am 1. Januar 1933 ansetzen.

Hochzeit im Gefängnis

Zwei Insassen des Kessler Gefängnisses, die sich die Ehe versprochen hatten, wurden während ihrer Haftzeit standesamtlich getraut. Ein Urlaubsgeläch an die Strafvollstreckungsbehörde wurde mit Rücksicht auf die ziemlich hohen Strafen, die das Brautpaar zu verbüßen hat, abgelehnt. Wenn das Paar seine Hochzeit auch nicht in Freiheit feiern durfte, kam die Gefängnisverwaltung den Neuvermählten doch inwieweit entgegen, als sie nach der standesamtlichen Trauung mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden.

Schneefall im Riesengebirge

Im Riesengebirge schneit es seit mehreren Tagen ohne Unterbrechung. In den höheren Lagen ist die Schneedecke bis zu einem halben Meter hoch, davon etwa ein Viertelmeter Neuschnee. Allerdings liegt der Schnee nicht gleichmäßig, so daß man auch in den oberen Lagen nicht von guten Sportverhältnissen sprechen kann. Im Hochgebirge waren Sonnabend vormittags 6 Grad Kälte, im Tal herrscht Nebel und Regenwetter.

Der Funkturm muß beleuchtet werden

Gefährdung des Flugverkehrs

Der 140 Meter hohe Funkturm des Senders Rothföhren, der den höchsten Turm Schlesiens darstellt, muß jetzt beleuchtet werden, um eine Gefährdung des Flugverkehrs zu vermeiden. Die Beleuchtung geschieht durch Anstrahlung mit Scheinwerfern, die an 15 Meter hohen Masten angebracht sind.

Schuldenlast und Rentabilitätswert in der Landwirtschaft

Auf der Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Breslau, die dieser Tage im Breslauer Konzerthaus tagte und unter anderem auch die Durchführung eines Landwirtschaftlichen Maschinenmarktes im Frühjahr 1933 beschloß, hielt Dr. Köll von der Rahmer-Berlin einen beachtenswerten Vortrag über: „Die Notwendigkeit einer Anpassung der landwirtschaftlichen Schuldenlast an die veränderten landwirtschaftlichen Rentabilitätswerte.“

Der Vortragende, ein Finanzmann, vertrat die Auffassung, daß die in den Jahren 1920—1928 erfolgte Kreditaufnahme in der Landwirtschaft praktisch und theoretisch falsch war, weil sie sich auf dem Verkaufswert der Wirtschaften und Güter aufbaute und den wesentlich niedriger liegenden Ertragswert unberücksichtigt ließ. Die dadurch bedingte Ueberspannung des Zinsendienstes hätte selbst beim Ausbleiben der Weltwirtschaftskrise zu einer Agrarkrise geführt, ein Problem, das allerdings auch schon in der Vorkriegszeit akut gewesen sei und schon damals Zwangsversteigerungen im Gefolge hatte. Die Theorie, daß die Kreditnahme sich auf dem Ertragswert aufbauen müsse, habe sich in ganz kurzer Zeit als gangbarer Weg in die Praxis umgekehrt.

Ein Teil der Versammlungsbesucher schien von den Ausführungen nicht restlos begeistert zu sein, da sie manche unlieblige Wahrheit enthielten: In Widerspruch mit der Versammlung setzte sich der Redner auch, als er auf die Papen-Geschenke an die Unternehmer einging und erklärte, von den Steuergutscheinern würden der Landwirtschaft „nur“ 160 Millionen Mark zugute kommen und an den Einkellungsprämien würde sie überhaupt nur einen unbedeutenden Anteil haben. Freiberger von Richtigkeiten-Ruhern widersprach dem lebhaft und rechnete ihm vor, wie es auch der Landwirtschaft möglich sei, mit Hilfe der Einkellungsprämien bisher liegen gelassene Arbeiten durchzuführen, ohne daß diese Arbeiten bemerkenswerte Kosten für den Arbeitgeber verursachen. Woraus sich wieder einmal ergibt, in welcher widersinniger Weise diese kapitalistische Anfordermethode zur Wertsteigerung privater Besitztümer auf Kosten der Allgemeinheit führt.

Die Schule von Klein-Sägewitz

50 Quadratmeter Schulraum für 150 Kinder

Unglaubliche Zustände herrschen in der Schule von Klein-Sägewitz. Fünfundzwanzig Quadratmeter Raum stehen für rund hundertfünfzig Kinder zur Verfügung. Mehrere Schreien an die Regierung und den Landrat hatten bisher keinen Erfolg. Auf das letzte Schreiben des Schulvorstandes liegt nach fast sechs Wochen noch keine Antwort vor. Am Freitagabend fand eine gemeinsame öffentliche Versammlung der vier Schulgemeinden Radwanitz, Sägewitz, Bentwiz und Sacherwitz statt. Eingeladen und erschienen waren sämtliche Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter, Lehrer und Eltern der vier Gemeinden. Auch Amtsvorsteher Neumann aus Bentwiz war anwesend. In einer umfangreichen Aussprache wurde von allen Seiten fortläufige Hilfe verlangt. Eine entsprechende Entschädigung wurde einstimmig angenommen und dem Landrat überhandt. Öffentlich geschieht nun endlich etwas, um dem Uebel abzuwehren, die gesundheitlichen Gefahren für die Kinder sind übergroß. Fast jeden Tag gehen beim Amtsvorsteher einige Anzeigen über gefährliche Kindererkrankungen ein. So eine Schule besteht noch in fünfzig Meter Entfernung von der Grenze der Großstadt Breslau.

Klettendorf. Tödlicher Unfall eines Kindes. Am Sonnabend, kurz vor 10 Uhr vormittags, lief der siebenjährige Sohn des Pächners, Sohn unseres Parteigenossen Erik Wöhrner, hinter einem Wagen hervor. In diesem Augenblick wurde er von einem Auto aus Breslau überfahren und schwer verletzt. Das Kind verstarb nach seiner Einlieferung ins Wenzel-Hande-Krankenhaus. Der Fall ist um so bedauerlicher, als dem Genossen Wöhrner bereits vor zwei Jahren eine Tochter in ähnlicher Weise schwer verunglückte. Den Führer des Autos trifft keine Schuld an dem unglücklichen Zufall.

Bettlern. Mühselige Autoraserei. Freitagabend, gegen 7 Uhr, wurde der Arbeiter Opitz aus Domschau von einem Gemütauto aus Strehlen umgefahren. Das Auto überholte ein Lastauto, dabei wurde Opitz vom Fahrrad heruntergerissen und leicht verletzt. Ohne sich um den Verletzten zu kümmern, fuhr das Auto davon. Die Nummer des Autos konnte festgestellt werden.

Zweibrühl. Gemeine Einbrecher am Werk. In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend haben gemeine Spitzbuben sich die Kleinstehfälle einiger arbeitsloser Kollegen im Orte zum Schauplatz ihrer Tätigkeit ausgesucht. Dem Genossen B. wurden acht Kinnchen gestohlen, dem Genossen G. ein Kinnchen. Ein zweites Kinnchen war den Halunken zu hart, also konnten sie nicht an den Schweinefall heran. Bei dem Kollegen G. blieb es bei der Zertrümmerung des Vorhängehakens. Die Genannten wohnen alle in einem Gehöft.

Kanth. Opfer einer Autoraserei. Hier starb am Sonnabend der vor einigen Tagen von einem Auto überfahrene

Steinau a. d. Ober. Die bürgerlichen Stadtverordneten von Steinau legen ihre Mandate nieder. Die zwölf bürgerlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von Steinau haben als Protest gegen die Auflösung des bisherigen Kreises Steinau und die Verlegung des Kreisamtes von Steinau nach Wohlau ihre Mandate als Stadtverordnete niedergelegt. Daburh ist die Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr beschlußfähig.

Herrstadt. Die Stadtverordneten nehmen übel. In der hiesigen Stadtverordnetenversammlung legte der Schriftführer, Stadtverordneter Scholz, sein Amt nieder, da er nicht, wie üblich bei der letzten Wahl das Amt als Wahlvorsteher bekam. Sein Stellvertreter, Stadtverordneter Petruschke, erklärte sich mit ihm solidarisch. Nur durch langes Zureden schrieb er ausnahmsweise das Protokoll der letzten Sitzung.

Glogau. Zwanzigjähriger Einbrecher. Ende September fand ein nach langer Abwesenheit zurückkehrender Glogauer Villenbesitzer die Villa von Dieben völlig ausgeräumt. Inzwischen konnte ein Teil der Gegenstände wieder herbeigekauft werden. Die Diebe, ein gewisser Friedrich Schneider und ein Rudolf Scheel, befinden sich in Haft. Gegen Schneider ist wegen zwanzig im Kreise Glogau verübter Einbrüche Anklage erhoben.

Reichenbach O. In den Färberei-Bottich gestürzt. Der Färbereileiter Hans Wegener, Mitinhaber der Chemischen Waschanstalt J. Wegener, stürzte beim Färben in den großen Bottich mit tosender Farbe. Trotz sofortiger Hilfe konnte er nur noch benimmungslos in furchtbarem Zustand ins Kreisstranthenhaus überführt werden.

Maler Joseph Walter aus Kanth. Der junge Mann, der sich mit seiner Braut auf einem Abendspaziergang befand, wurde von dem ganz schwarz an der Straßentante fahrenden unbelichteten Auto überfahren und erlitt unter anderem einen doppelten Schädelbruch. Das Auto fuhr unbestimmt um sein Opfer im schärfsten Tempo weiter und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Maltsch. Ueberfall auf eine junge Frau. Am Freitag nachmittag, zwischen 7 und 2 Uhr, ist auf der Chaussee zwischen Maltsch und Kamöje eine junge Frau von Wegelagerern überfallen worden. Sie wollten die Frau vergewaltigen und ihr das neue Fahrrad wegnehmen. Sie setzte sich energisch zur Wehr. Da inzwischen ein Radfahrer kam, ließen die Strolche von der Ueberfallenen ab. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. Die Polizei nahm in der Herberge eine Unterluchung vor, aber ohne Erfolg.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 5200, 5906
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr

Jährlöwiz-Tschirne. Mittwoch, den 30. November, bei 12.30, Jannowiz, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn.

Maltsch. Dienstag im Lokal „Der Provinz“, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Alle Mitglieder müssen anwesend sein.

Haben Sie den „Villiger“ jetzt versucht?

Villiger-Raucher wissen, daß dieser Stumpfen etwas Apartes an sich hat. Ueberzeugen Sie sich aber selbst. Versuchen Sie einen Villiger zu 8, 10 oder 15 Pfg. das Stück und vergleichen Sie ihn kritisch mit der Marke, die Sie bisher rauchten. Dann finden Sie es selbst heraus: Stumpfen und Stumpfen sind zweierlei.



Villiger-Stumpfen sind etwas Besonderes!

Preislisten 8, 10 und 15 Pfg.
Fabr.-Lager: Kaiser-Wilh.-Str. 56, Tel. 32006

Breslauer Produktenbörse vom 26. November 1932.

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 26. November 1932. An der Börse im Großhandel, gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Decksalen in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Für für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis. (Mehrl. einschließlich Handelsspanne.)

Tägliche amtliche Notierungen.		Tendenz: Brotgetreide schwächer.	
	26. 11.	25. 11.	
Weizen (schleifischer) neuer Ernte	198.00	200.00	Die Preise verstehen sich per 100 kg waggonweise in voll. 15-Tonnenladungen
Getreidegewicht von 76,0 kg gut, gesund und trocken	196.00	198.00	
Getreidegewicht von 74,0 kg gut, gesund und trocken	192.00	194.00	
Getreidegewicht von 72,0 kg gut, gesund und trocken	188.00	190.00	
Getreidegewicht von 70,0 kg gut, gesund und trocken	184.00	186.00	
Getreidegewicht von 68,0 kg gut, gesund und trocken	180.00	182.00	
Getreidegewicht von 66,0 kg gut, gesund und trocken	176.00	178.00	
Getreidegewicht von 64,0 kg gut, gesund und trocken	172.00	174.00	
Getreidegewicht von 62,0 kg gut, gesund und trocken	168.00	170.00	
Getreidegewicht von 60,0 kg gut, gesund und trocken	164.00	166.00	
Getreidegewicht von 58,0 kg gut, gesund und trocken	160.00	162.00	
Getreidegewicht von 56,0 kg gut, gesund und trocken	156.00	158.00	
Getreidegewicht von 54,0 kg gut, gesund und trocken	152.00	154.00	
Getreidegewicht von 52,0 kg gut, gesund und trocken	148.00	150.00	
Getreidegewicht von 50,0 kg gut, gesund und trocken	144.00	146.00	
Getreidegewicht von 48,0 kg gut, gesund und trocken	140.00	142.00	
Getreidegewicht von 46,0 kg gut, gesund und trocken	136.00	138.00	
Getreidegewicht von 44,0 kg gut, gesund und trocken	132.00	134.00	
Getreidegewicht von 42,0 kg gut, gesund und trocken	128.00	130.00	
Getreidegewicht von 40,0 kg gut, gesund und trocken	124.00	126.00	
Getreidegewicht von 38,0 kg gut, gesund und trocken	120.00	122.00	
Getreidegewicht von 36,0 kg gut, gesund und trocken	116.00	118.00	
Getreidegewicht von 34,0 kg gut, gesund und trocken	112.00	114.00	
Getreidegewicht von 32,0 kg gut, gesund und trocken	108.00	110.00	
Getreidegewicht von 30,0 kg gut, gesund und trocken	104.00	106.00	
Getreidegewicht von 28,0 kg gut, gesund und trocken	100.00	102.00	
Getreidegewicht von 26,0 kg gut, gesund und trocken	96.00	98.00	
Getreidegewicht von 24,0 kg gut, gesund und trocken	92.00	94.00	
Getreidegewicht von 22,0 kg gut, gesund und trocken	88.00	90.00	
Getreidegewicht von 20,0 kg gut, gesund und trocken	84.00	86.00	
Getreidegewicht von 18,0 kg gut, gesund und trocken	80.00	82.00	
Getreidegewicht von 16,0 kg gut, gesund und trocken	76.00	78.00	
Getreidegewicht von 14,0 kg gut, gesund und trocken	72.00	74.00	
Getreidegewicht von 12,0 kg gut, gesund und trocken	68.00	70.00	
Getreidegewicht von 10,0 kg gut, gesund und trocken	64.00	66.00	
Getreidegewicht von 8,0 kg gut, gesund und trocken	60.00	62.00	
Getreidegewicht von 6,0 kg gut, gesund und trocken	56.00	58.00	
Getreidegewicht von 4,0 kg gut, gesund und trocken	52.00	54.00	
Getreidegewicht von 2,0 kg gut, gesund und trocken	48.00	50.00	
Getreidegewicht von 1,0 kg gut, gesund und trocken	44.00	46.00	
Getreidegewicht von 0,5 kg gut, gesund und trocken	40.00	42.00	
Getreidegewicht von 0,25 kg gut, gesund und trocken	36.00	38.00	
Getreidegewicht von 0,125 kg gut, gesund und trocken	32.00	34.00	
Getreidegewicht von 0,0625 kg gut, gesund und trocken	28.00	30.00	
Getreidegewicht von 0,03125 kg gut, gesund und trocken	24.00	26.00	
Getreidegewicht von 0,015625 kg gut, gesund und trocken	20.00	22.00	
Getreidegewicht von 0,0078125 kg gut, gesund und trocken	16.00	18.00	
Getreidegewicht von 0,00390625 kg gut, gesund und trocken	12.00	14.00	
Getreidegewicht von 0,001953125 kg gut, gesund und trocken	8.00	10.00	
Getreidegewicht von 0,0009765625 kg gut, gesund und trocken	4.00	6.00	
Getreidegewicht von 0,00048828125 kg gut, gesund und trocken	2.00	4.00	
Getreidegewicht von 0,000244140625 kg gut, gesund und trocken	1.00	2.00	
Getreidegewicht von 0,0001220703125 kg gut, gesund und trocken	0.50	1.00	
Getreidegewicht von 0,00006103515625 kg gut, gesund und trocken	0.25	0.50	
Getreidegewicht von 0,000030517578125 kg gut, gesund und trocken	0.125	0.25	
Getreidegewicht von 0,0000152587890625 kg gut, gesund und trocken	0.0625	0.125	
Getreidegewicht von 0,00000762939453125 kg gut, gesund und trocken	0.03125	0.0625	
Getreidegewicht von 0,000003814697265625 kg gut, gesund und trocken	0.015625	0.03125	
Getreidegewicht von 0,0000019073486328125 kg gut, gesund und trocken	0.0078125	0.015625	
Getreidegewicht von 0,00000095367431640625 kg gut, gesund und trocken	0.00390625	0.0078125	
Getreidegewicht von 0,000000476837158203125 kg gut, gesund und trocken	0.001953125	0.00390625	
Getreidegewicht von 0,0000002384185791015625 kg gut, gesund und trocken	0.0009765625	0.001953125	
Getreidegewicht von 0,00000011920928955078125 kg gut, gesund und trocken	0.00048828125	0.0009765625	
Getreidegewicht von 0,000000059604644775390625 kg gut, gesund und trocken	0.000244140625	0.00048828125	
Getreidegewicht von 0,0000000298023223876953125 kg gut, gesund und trocken	0.0001220703125	0.000244140625	
Getreidegewicht von 0,00000001490116119384765625 kg gut, gesund und trocken	0.00006103515625	0.0001220703125	
Getreidegewicht von 0,000000007450580596923828125 kg gut, gesund und trocken	0.000030517578125	0.00006103515625	
Getreidegewicht von 0,0000000037252902984619140625 kg gut, gesund und trocken	0.0000152587890625	0.000030517578125	
Getreidegewicht von 0,00000000186264514923095703125 kg gut, gesund und trocken	0.00000762939453125	0.0000152587890625	
Getreidegewicht von 0,000000000931322574615478515625 kg gut, gesund und trocken	0.000003814697265625	0.00000762939453125	
Getreidegewicht von 0,0000000004656612873077392578125 kg gut, gesund und trocken	0.0000019073486328125	0.000003814697265625	
Getreidegewicht von 0,00000000023283064365386962890625 kg gut, gesund und trocken	0.00000095367431640625	0.0000019073486328125	
Getreidegewicht von 0,000000000116415321826934814453125 kg gut, gesund und trocken	0.000000476837158203125	0.00000095367431640625	
Getreidegewicht von 0,000000000058207660913467407171875 kg gut, gesund und trocken	0.0000002384185791015625	0.000000476837158203125	
Getreidegewicht von 0,0000000000291038304567337035859375 kg gut, gesund und trocken	0.00000011920928955078125	0.0000002384185791015625	
Getreidegewicht von 0,00000000001455191522836685179296875 kg gut, gesund und trocken	0.000000059604644775390625	0.00000011920928955078125	
Getreidegewicht von 0,000000000007275957614183425896484375 kg gut, gesund und trocken	0.0000000298023223876953125	0.000000059604644775390625	
Getreidegewicht von 0,0000000000036379788070917129482421875 kg gut, gesund und trocken	0.00000001490116119384765625	0.0000000298023223876953125	
Getreidegewicht von 0,00000000000181898940354585647412109375 kg gut, gesund und trocken	0.000000007450580596923828125	0.00000001490116119384765625	
Getreidegewicht von 0,000000000000909494701772928237060546875 kg gut, gesund und trocken	0.0000000037252902984619140625	0.000000007450580596923828125	
Getreidegewicht von 0,0000000000004547473508864641185273234375 kg gut, gesund und trocken	0.00000000186264514923095703125	0	

Hunger und Leberfluß

Der kranke Privattkapitalismus

Von Kurt Heinig

Selbstverständlich sind die Unternehmer in Deutschland deutlich optimistisch, sie haben ihre Gründe dafür. Einmal erhalten sie vom Deutschen Reich 1,5 Milliarden Steuergutscheine geschenkt...

Trotz aller Beeinflussungen der amtlichen Statistik ist die Zahl der Arbeitslosen wieder im Wachsen. Von der Wirkung des Rapen-Planes und von der durch ihn erreichbaren Einschränkung einiger Millionen Arbeitsloser in den Produktionsprojekten mag niemand mehr zu sprechen.

Der deutsche Produktionsapparat ist ebenso wie derjenige der ganzen Welt riesenhaft ausgedehnt und nur zum kleinsten Teil benutzt.

Im deutschen Stein- und Braunkohlenbergbau sind kaum mehr als die Hälfte der vorhandenen Arbeitsplätze besetzt.

In der Großmaschinenindustrie sind noch nicht die Hälfte der vorhandenen Arbeitsplätze - nämlich 48 von 100 - besetzt.

Im Fahrzeugbau (ohne Waggon- und Schiffbau) sind es sogar nur 28 Arbeitsplätze von 100, an denen ein Arbeiter steht.

In der Bauwirtschaft waren im September - im Konjunkturmonat für die Bauwirtschaft - 76 Prozent der Arbeiterplatzkapazität nicht ausgenutzt.

In den Industrien für Hausrat und Wohnbedarf (Möbel, Beleuchtungskörper, Küchengeräte, Metallkürzwaren, Porzellan- und Glasindustrie usw.) stehen 48 Prozent aller Arbeitsplätze leer, in der Industrie für Kulturbedarf (Lebendwaren, Spielwaren, Papierwaren, Kunstgerätschaften usw.) sind es sogar 66 Prozent.

Neben den stillstehenden Maschinen und den leeren Arbeitsplätzen wachsen die Lager der Rohstoffe in Deutschland und in der ganzen Welt. Die Weltvorräte in erster Hand (beim Produzenten) an Weizen betragen bei Beginn der neuen Ernte noch 11,1 Millionen Tonnen. Der gesamte kanadische Weizenbedarf für 1932/33 wird gedeckt aus den noch vorhandenen Vorräten der Ernte 1931/32. Die gesamte neue kanadische Weizenernte reicht für den Weltmarkt ab. Allein Kanada und die Vereinigten Staaten vermögen mit der neuen Weizenernte nach Befriedigung ihres eigenen Bedarfs soviel Weizen auszuführen, wie die ganze Welt verbraucht.

In Deutschland ist die diesjährige Weizenernte um 18 Prozent höher als im Vorjahre (800 000 Tonnen mehr). Die deutsche Roggenernte ist um 25 Prozent höher als im Vorjahr (1,7 Millionen Tonnen mehr). Die Ernte an Wintergerste ist um 23 Prozent höher (100 000 Tonnen mehr), die Haferernte um 7 Prozent höher (400 000 Tonnen mehr).

Die Weltvorräte betragen für:

Table with 2 columns: Commodity and Quantity. Includes Zucker (8,1 Millionen Tonnen), Steinkohle (21,1), Baumwolle (1,8), Rautschud (0,5), Kupfer (1,0), Kaffee (31,4) and others.

Überall in der Welt geht man an eine systematische Vernichtung vorhandener Vorräte.

In Brasilien wurden bisher 10 Millionen Sack Kaffee vernichtet. Neuerdings sind in Dänemark 25 000 abgemollene Körner nicht geschlachtet, sondern chemisch vernichtet worden, um als

Tierkörpermehl und Leim wiederaufzuerstehen. Es „lohnte“ sich nicht, sie zu schlachten und als Fleisch auf den Markt zu bringen. Während an den überflüssigen Benzinvorräten die Welt beinahe ertrinkt, sind in Amerika in diesem Jahre weniger als halb soviel Automobile gebaut worden als 1929, und allein in Berlin haben wir 16 700 Berufsschauspieler erwerbslos.

Hunger und Leberfluß vermögen nicht zusammen zu kommen, das ist die Sinnlosigkeit der privatkapitalistischen Produktion. Herr von Rapen war ihr Prophet. Er kam aus Rußland, weil Nationalsozialisten und Kommunisten eine gemeinsame Koalitionspolitik zum Sturz des Kabinetts Brüning erfolgreich durchgeführt hatten. Die Reaktion ist in Deutschland am Werk, weil die Kommunisten jede nationalsozialistische Zerstörung der Demokratie toleriert haben, und Herr von Rapen wartet heute schon wieder im Hintergrund.

Die Stellung der Sozialdemokratie ist auch hier grundlegend klar. Sie fordern die Arbeitsbeschaffung, denn nur dadurch, daß mit öffentlichen Mitteln zu Hunderttausenden und zu Millionen Arbeiter in den Erwerb gebracht werden, kann der heute verfaulende Leberfluß an Rohstoffen, Nahrungsmitteln, den qualenden Hunger des Volkes beseitigen. Die neue Regierung muß zuerst für Arbeitsbeschaffung sorgen, dadurch wird ihr Schicksal bestimmt. Dafür wird die Sozialdemokratie zu ihrem Teil mit allen Mitteln kämpfen.

Wie sie lügen!

In Erfurt kreifen fast sieben Wochen die Arbeiter der Metallwaren- und Lampenfabrik Stübgen zur Abwehr eines Lohnabbaues von 40 Proz. Der Streik brach erfolglos zusammen. Aus dieser für die ganze Arbeiterklasse unerfreulichen Tatsache suchen die Kommunisten für sich Kapital zu schlagen. Sie verbreiten - siehe Thüringer Volksblatt vom 9. November 1932 - eine neue Schauermär über den Verrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Der Tatbestand: Am 23. September 1932 wurde von der Firma Stübgen ein Lohnabzug von 40 Prozent für die 31. bis 40. Arbeitswoche bekanntgegeben, der ab 26. September in Kraft treten sollte. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen des Betriebsrates und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit der Firma blieben ergebnislos. Die Belegschaft - sie ist 179 Mann stark, umfaßt aber nur 51 im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Arbeiter - beschloß daraufhin, am 28. September in Streik zu treten. An diesem Tage errichteten der KPD- und KGD-Mann Angele Rath, der in der Streikversammlung großmäulig erklärt hatte, er und die übrigen KGD-Leute würden ihren Mann stehen, frisch-frisch als Streikbrecher im Betriebe, und mit ihm kamen einige der sogenannten „revolutionären Unorganisierten“. Am 11. Oktober fiel die zweite KGD-Leuchte Lüneburg der streikenden Belegschaft verräterisch in den Rücken; er ging mit etwa vierzig „revolutionären Unorganisierten“ wieder in den Betrieb. Am 5. November nahmen weitere Unorganisierte die Arbeit auf. Daraufhin beschloßen die Streikenden einmütig den Abbruch des Kampfes.

Wie kampftentisch die streikenden DMB-Arbeiter waren, beweist die Tatsache, daß sie trotz der Einkweiligen Verfügung gegen den Bezirksleiter des DMB, durch die den DMB-Leuten das Streiken verboten werden sollte, dennoch weitergestreikt haben.

Dieser Sachverhalt zeigt zur Genüge, was von dem Gerede der Kommunisten über den „Verrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ zu halten ist. Er beweist klipp und klar, daß die Schuld am Mißlingen des Kampfes voll und ganz auf der Seite der Maulhelden der KGD, und der „klassenbewußten Unorganisierten“ liegt.

Der beispiellose Verrat, der in der Streikbewegung bei Stübgen von Arbeitern an Arbeitern verübt wurde, ist die Frucht der jahrelangen Hege der KPD und KGD gegen die Gewerkschaften.

Ausführungsbestimmungen für Reichsbaudarlehen

In Preußen sind die Ausführungsbestimmungen für die Bewilligung von Reichsbaudarlehen für Eigenheime jetzt ergangen. Die entsprechenden Anträge sind an die für den Ort des Bauvorhabens zuständigen Landräte oder Gemeindevorstände zu richten. Die Bewilligung der Darlehen erfolgt durch den zuständigen Regierungspräsidenten.

Die Reichsregierung hat, wie wir gemeldet haben, zur Förderung des Eigenheimbaues 20 Millionen für zwei Jahre zur Verfügung gestellt. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Am Dienstag, dem 29. November, sendet von 19.45-20.15 Uhr die „Deutsche Welle“ ein Dreiergespräch mit dem Titel: „Alten und Menschen“. Eingeleitet aus Berliner Wohlfahrtsämtern werden über ihre persönlichen Beziehungen zum Publikum berichtet.

Die interessante Sendung wird einen Einblick in die Arbeit der Wohlfahrtspflege gewähren.

Kampf um den Arbeitslosenstreik in England

Der Generalkrat der britischen Gewerkschaften hat zur Verstärkung des Kampfes um den Arbeitslosenstreik beschlossen, eine Reihe von großen Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Lande zu organisieren. Die Kampagne soll Anfang des neuen Jahres mit einer großen Demonstration in London beginnen.

Der Beschluß des Generalkrats richtete sich vor allem gegen die Pläne, die im Zusammenhang mit dem neulich veröffentlichten Bericht der königlichen Kommission über die Arbeitslosenversicherung angekündigt worden sind.

Die Breslauer Metallindustriellen auf dem Kriegspfade

Ein Teil der Metallindustriellen Breslaus versucht gegenwärtig auf Anweisung des Verbandes Schlesiener Metallindustrieller eine Kürzung der Löhne und Afforde neben anderen Verschlechterungen durchzuführen, die alles bisher dagewesene der Schatten stellen. Die Höhe dieser Kürzungen der Verdienste der Arbeiter muß man als unbillig bezeichnen und die Art, wie man sie durchzuführen gedenkt, grenzt an räuberische Exzesse. In dem neu abgeschlossenen Tarifvertrag, der nur bis Ende Januar 1933 Geltung hat, ist festgelegt, die Affordelöhne sind zu bemessen, daß ein Durchschnittsstundenverdienst erzielt wird der 20 Prozent über dem tariflichen Affordelohn der betreffenden Berufsgruppe liegt. Der einzelne Affordarbeiter kann je nach individueller Leistung hierbei einen höheren oder geringeren Verdienst erzielen. Diese Bestimmung soll verhindern, daß die Affordverdienste unter 20 Prozent herabsinken, wie es heute vielfach der Fall ist. Die Unternehmer meinen aber gerade diese Bestimmung anders auszulegen, obwohl von den Metallarbeitern und den Verhandlern es abgelehnt worden ist, eine Bestimmung aufzunehmen, die die Möglichkeit gibt, Afforde, die einen durchschnittlichen Ueberverdienst von mehr als 33 Prozent erbringen, ändern zu können. In dem Tarifvertrag ist weiter festgelegt, daß kein Anlaß zu einer Affordrevision gegeben ist, wenn ein über den tariflichen Richtlinien hinausgehender Durchschnittsverdienst nur auf eine individuell gesteigerte Arbeitsintensität der einzelnen Affordarbeiter zurückzuführen ist. Trotzdem gehen die Unternehmer dazu über und erklären, daß sie das Recht haben die Afforde, die einen höheren Ueberverdienst wie 20 Prozent ergeben, herabzusetzen.

Der Anfang wurde bei der Firma H. Meinede gemacht. Dort sollten zwei Arbeiterinnen, die für eine Affordarbeit bis zu 306 Minuten bekamen, nur noch 260 Minuten erhalten und ein Revolverdreher sollte auch seinen Afford zu ähnlich getürbten Affordzeiten durchzuführen.

In den Linke-Hofmann-Buschwerken hat man den hoch qualifizierten Arbeitern ihre Leistungszulagen von 20 und 25 Prozent auf 12,5 und 7,5 Prozent zu kürzen versucht. Arbeitern und Arbeiterinnen wird einfach erklärt, entweder läßt euch diese Kürzung eurer Verdienste gefallen oder wir haben keine Arbeit mehr für euch. Selbstverständlich haben die Arbeiterinnen und Arbeiter eine solche exzessive Zumutung abgewiesen und sie sind daraufhin auch prompt entlassen worden. Gegen diese ganz ungeheuerliche Lohnrauberei müssen die Metallarbeiter wie ein Mann zusammenstehen. Jeder Arbeiter, jeder Arbeiterin muß es ablehnen, Afforde mit gekürzten Affordzeiten auszuführen oder für niedrigeren Lohn zu arbeiten. Die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen der Firma Meinede haben zu diesen Dingen bereits Stellung genommen und beschlossen, daß sie sich mit dem Entlassenen solidarisch erklären, daß niemand sich eine Kürzung gefallen läßt, und in geheimer Abstimmung wurde einmütig der Beschluß gefaßt, erst in den Streik zu treten, wenn die Arbeiter von diesen Verschlechterungen nicht Abstand nimmt.

Metallarbeiter, seid auf der Hut! Hebt Solidarität! Seid einig und geschlossen zusammen, damit dieser neue und gefährliche Lohnraub durch entschlossenen Kampf zurückgewiesen werden kann.

Ausflug in Bremen

Tabakarbeiter und Kommunisten

Der Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wurde am Donnerstag beendet.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand brachten folgendes Ergebnis: Auf Vorschlag wurden wiedergewählt der erste Vorsitzende Ferdinand Hujung, der zweite Vorsitzende Otto Wenzel, der erste Kassierer Hermann Krohn und der zweite Kassierer Oswald Franz. Außerdem wurden die Sekretäre wiedergewählt. An Stelle des ausgeschiedenen Schöner, der wegen Alters zurücktrat, wurde Seipen-Hamburg einstimmig gewählt. Auch die Wiederwahl des Verbandsbeirates und der Gauleiter erfolgte mit geringen Änderungen einstimmig.

In der Abstimmung über die zahlreichen Anträge zum Verbandsstatut wurde unter anderem beschlossen, eine neue niedrige Beitragsstufe einzuführen. Die Einführung von lokalen Beiträgen wurde den Jahreshellen überlassen. Die Änderung der Statuten in bezug auf die Invalidenunterstützung stellt, wie Hujung nach der Abstimmung ausdrücklich betonte, keine Kürzung der Renten dar. Der Vorstand denkt nicht an eine Kürzung.

Vor dem Abbruch der Tagung erfolgte noch eine scharfe Abrechnung mit neuen gemeinsamen Lügen der Kommunistenpresse. Diese hat den Verbandstag zum Anlaß genommen, wieder einmal bewährte Gewerkschaftsführer herunterzureißen. So brachte die Bremer kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ folgende Verleumdung, die föhentlich durch ganz Deutschland die Kunde machen dürfte: „Deichmann wurde in einer Arbeiterversammlung von den importierten Bremer Tabakarbeitern bespottet und kurz darauf aus dem Tabakarbeiter-Verband ausgeschlossen. Als später die Kommunisten mit Hilfe der staatlichen Inquisitor die Organisation spalteten, und Hunderte von revolutionären Tabakarbeitern ausgeschlossen wurden, machte man den Ausschluß Deichmanns wieder rückgängig.“

Gegenüber dieser Schmutzerei fertigte der Vorsitzende des Verbandes, Hujung, diese Lügen folgendermaßen ab: Wir erklären hierzu, das ist erkrankt und erlegen. Solange Deichmann ist noch nie ausgeschlossen worden. Wahr ist, daß Deichmann im Jahre 1919 verlangt hat, daß die Verbandsleitung befragt werde, ob er noch ihr Vertrauen habe. Da war es unter anderem der heutige Kommunist Kirchhoff, der verlangte, von dieser Abstimmung Abstand zu nehmen. Er konnte es seinen Kollegen

gegenüber nicht verantworten, gegen Deichmann zu stimmen, weil er sich der Deutschen Tabakarbeiter-Verband ohne Deichmann nicht mehr vorstellen könne. Die dreizehn bis vierzehn Mitglieder der Opposition haben sich dann der Stimme enthalten, weil sie es mit ihrer inneren Ueberzeugung nicht vereinbaren konnten, gegen Deichmann zu stimmen. Das möchte ich zur Steuer der Wahrheit feststellen.

Von der „Bremer Arbeiter-Zeitung“ wurde ferner behauptet, daß auf dem Verbandstag an dem Pressefisch-bürgerlich-faschistische Zeitungsvertreter gesessen hätten. Auch das ist, wie Hujung feststellte, unwahr. Ein Vertreter der bürgerlichen Presse habe beim Verband um Zulassung nachgehakt; sie sei aber genau wie bei dem kommunistischen Vertreter abgelehnt worden. Der Antragssteller sei für den Fall, daß er Zutritt haben wolle, an das Büro des Verbandstages verwiesen worden.

Unter der verklogenen Ueberschrift „ADGB-Eggert warnt vor dem Sozialismus“ bringt die Bremer kommunistische Zeitung Eggers Ausführungen über die Schwucht der Arbeiterklasse nach Einseitigkeit in häßlich entstellter Form. Die selbstverständliche Forderung Eggers, daß eine Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse die Einstellung des persönlichen Kampfes der Kommunisten sein müsse, wurde von dem Bremer Kommunistenblatt mit neuen persönlichen Angriffen beantwortet. Es unterstrich noch einmal, daß sich der Hauptstoß der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu richten“ habe.

Der Schmutz der kommunistischen Geisterer kann nichts an der Tatsache ändern, daß der Bremer Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes für die freie Gewerkschaftsbewegung ein glanzvoller Erfolg war. Der Verlauf dieses Verbandstages war ein neuer Beweis dafür, daß die Kerntruppe der revolutionären Arbeiterbewegung, der Arbeitende, weil organisierte Arbeiter sich nicht unterkriegen läßt - und wenn die Welt voll Teufel war. Die Bremer Tagung brachte für den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes eine machtvolle Vertretung nach Hamburg. Der Ausgang der Wahlen zum Verbandsvorstand zeigt das zur Genüge. Unwillkürlich gekürzt und organisierte Arbeiter, voll Zuversicht und Kampfesmut trägt der Deutsche Tabakarbeiter-Verband von seiner Bremer Tagung wieder zur großen Armee der Gewerkschaftsbewegung, zur Armee der Freiheit.

Die letzten Harems

Verschwindende Romanistik — Die Geheimnisse von Alexandria — Tröster Rauschgift . . .

In den letzten 15 Jahren hat sich die orientalische Welt grundlegend verändert. Nur an sehr wenigen Plätzen des Ostens kann man heute noch ursprüngliches Leben, geformt nach alten mohammedanischen Sitten und Gebräuchen, vorfinden. Insbesondere ist die alte Haremsromanik, falls es jemals überhaupt eine gab, im Absterben. Die Lebensverhältnisse des Orients tragen heute vielfach den Stempel der europäischen Krise. Wo selbst gesetzlich dem Haremsbrauch nichts im Wege steht, können es sich nur sehr wenige leisten, mehr als eine Frau zu halten. Insbesondere klagen auch die Wobanner der Balkans darüber, wie — teuer die Frauen geworden sind. Seitdem nämlich die Väter gemerkt haben, daß ihre Töchter durch die auch im Westen eingeführte Frauenarbeit verdienen können, ist die Frau im Preis und Ansehen gestiegen.

In Ägypten sind die alten mohammedanischen Sitten heute noch am lebendigsten. Hier gibt es auch noch Harems, von deren Art freilich jene, die man geheimnisvoll den Touristen zeigt, keinen Begriff liefern; die Touristen-Harems sind meist Nachtlokale zweifelhaften Rufes und die Ganuchen, die herumsitzen, Angehörige eines Reisebüros.

Eine junge französische Journalistin lebte jetzt ein Jahr in Alexandria mit den Eingeborenen und sah bei dieser Gelegenheit vieles vom Leben der ägyptischen Frau, die ihr Dasein nach der alten Tradition verbringt. Die Haremshäuser der Eingeborenenstadt Alexandrias sind nicht nur außen, sondern auch innen. Die großen Kaufleute finden hier ihr Vergnügen: es sind reiche Ägypter, die selbst reiflos europäisiert, auch europäisch gekleidet sind, ihre Geschäfte nach europäischer Sitte oder vielmehr unsittlich machen, in teuren amerikanischen Luxusautomobilen durch die Stadt rasen, aber doch ihr Familienleben ganz traditionell nach dem alten mohammedanischen Gebräuch gestalten. In diesen Kreisen ist es einfach als nicht standesgemäß, weniger als sechs Frauen zu haben!

Die Fremden sehen manchesmal in der Eingeborenenstadt von Alexandria Schwarzweisse Frauen gefaltet durch die Straßen hinken: Haremsfrauen. Oft sind es moderne, junge ägyptische Mädchen, die von ihren Eltern zur „guten Partie“ gedrängt werden. Nur in der Vermummung dürfen sie sich öffentlich zeigen; im Übrigen verbringen sie ihre Zeit hinter den Gittern der Harems, während ihre Freundinnen, die vernünftigeren Eltern haben, auf dem Strand von Alexandria in Badeanstalten turnen. „Paisas“ nennt der moderne Ägypter verachtungsvoll die reichen Männer Alexandrias, die noch heute einen Harem um sich bauen. Einer, der als besonders „prominent“ galt, starb kürzlich; er hinterließ in seinem Harem 45 Frauen und 88 Kinder! Unter den Frauen waren mehrere junge Mädchen im Alter von 12 Jahren! Wie viele Nachzügler bekannt wurde, griff der Staatsanwalt ein: es sollen jetzt, insbesondere auch auf Betreiben des englischen Kommissars, die Harems auf Bindejährtige untersucht werden.

Fast jede Haremsfrau ist auf der Straße von einem Polizisten begleitet. Warum? Die Antwort offenbart eine Tragödie. Die eingelassenen Frauen finden ihr Leben so unerträglich, daß sie sich durch Rauschgift zu betäuben versuchen. Die Polizei weiß, daß die zahllosen alexandrinischen Harems Großabnehmer der Opiumschmuggler sind. Sie übermacht deshalb jede Harems-Dame, weil die Opiumhändler gern ihren Spuren folgen.

Das moderne Ägypten will jetzt auf der ganzen Front einen Angriff gegen das rückständige Alexandria eröffnen. Die englischen Behörden zeigen sich wenig interessiert. Sie achten nur darauf, daß keine weiße Frau in einen Harem gelangt. Einmal war es einem Paischa möglich, sich eine Engländerin einzufangen. Er bekam dafür 10 Jahre Zuchthaus. Die Ägypterin aber schüßte vorläufig noch niemand vor der Willkür und der Unmenschlichkeit der „Tradition“.

Neuer Bullerjahn-Strafantrag

Im Leipziger Landesverwaltungsprozeß beantragte Reichsanwalt Dr. Kagei nach vierstündigem Plädoyer des früheren Reichsgerichtsurteil gegen den Angeklagten Walter Bullerjahn mit der Maßgabe aufrecht zu erhalten, daß der Angeklagte wegen Landesverrats zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt wird. Die bisher verbüßte Strafe soll angerechnet werden. Das erste Urteil lautete auf fünfzehn Jahre Zuchthaus.

Zu Beginn seines Plädoyers erklärte der Reichsanwalt, daß er den Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme abetmals für schuldig halte. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß die Durchsuchung der Berlin-Karlsruher Industriewerke in Wittenau durch die Interalliierte Militärkontrollkommission auf eine Verratsanzeige zurückzuführen sei. Die im Werk beschäftigten Arbeiter kämen als Verräter ebensowenig in Frage wie die Angestellten, Ingenieure und einzelnen Lagerverwalter. Keiner von ihnen hätte einen so vollkommenen Überblick über die geheimen Waffenbestände gewinnen können, wie es dem Angeklagten Bullerjahn als Oberlagerverwalter möglich gewesen sei. Die Verdachtsgründe wären Bullerjahns Drohungen, sein Verhalten während der Durchsuchung der Waffenlager, sein beherrschender Besuch bei dem französischen Leutnant Joffe am 7. Januar 1925 und sein Zusammentreffen mit dem Chefarbeiter Langner in der Nähe der Wohnung des Leutnants Joffe am ersten Weihnachtsfeiertag 1924. Bullerjahns Taterjahn sei umso wahrscheinlicher, als der Angeklagte einmal in höchster Erregung gedroht hätte, daß er durch einen derartigen Verrat dem Werke Wittenau großen Schaden zufügen könne. Es sei auch sehr merkwürdig, daß er keinen Protest dagegen erhoben habe, daß er als Oberlagerverwalter bei den Revisionen nicht zugezogen wurde und er sich nachträglich bei den Lagerverwaltern erkundigt hätte, was eigentlich gefunden worden sei. Wenn Bullerjahn als Grund seines Besuchs bei Leutnant Joffe angebe, er habe sich eine Ehrenerklärung wegen seiner angeblichen Unschuld geben lassen wollen, so spreche dieses Argument eher für als gegen seine Taterjahn. Wenn er sich ungeschuldig fühlte, hätte er sich wohl auch nicht am Tage nach seinem Besuche krank gemeldet.

Den Beweggrund des Verrats erblickt der Reichsanwalt weniger in der Gewinnsucht als in der persönlichen Verrätergier Bullerjahns. Er hätte sich über die Schatz-Angelegenheit in eine so große Erregung hineingestürzt, daß er schließlich nur noch von dem Gedanken besesselt gewesen sei, wie er sich an der Firma und an Direktor Gebauer hätte rächen können. Die Anzeige des geheimen Waffenlagers wäre ihm als geeignetes Mittel hierfür erschienen. Man könne nicht lagen, daß der Verrat etwa von langer Hand vorbereitet gewesen wäre. Bullerjahn sei stets ein pflichttreuer Angestellter gewesen. Aber die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben worden wären, hätten ihn im Innersten so sehr verletzt, daß kein Stolz, kein Ehrgeiz und kein Geltungsbedürfnis ihn zu der Tat getrieben hätten. Schließlich läge noch eine Stütze für Bullerjahns Schuld darin, daß er im Laufe des Verfahrens mehrfach Unwahrheiten gesagt und zahlreiche Zeugen ungetreulich verächtigt habe. Es sei durchaus ver-

kündlich, daß das frühere Urteil auf die höchst zulässige Strafe erlassen habe. — Wenn jetzt das Verbrechen etwas milder beurteilt werde, so sei dies damit zu erklären, daß Bullerjahns Tat in einem gewissen Sinne bereits der Geschichte angehöre. — Am Montag sprechen die Verteidiger Singheim und Rosenfeld.

Schüler machen Nazifischerze

Gymnasiast beim Bombenlegen verunglückt
Mehrere Schüler des Hedwigs-Gymnasiums in Neustettin, die von einem Vereinsvergnügen nach Hause kehrten, versuchten in der Nacht zum Sonntag vor dem Hause eines Lehrers einen Sprengkörper aus einem Gemisch von übermanganäurem Kali, rotem Phosphor und Kaliumchlorat zur Entzündung zu bringen. Die Explosion erfolgte aber vorzeitig in der Hand eines Schülers, des 13jährigen Gymnasiasten Meinrat Miz. Der Schüler wurde furchtbar jugerichtet. Die linke Hand wurde abgerissen. Ein Teil der Ladung ging ihm ins Gesicht, wodurch Augen und Gehör stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. In hoffnungslosem Zustande wurde der Verletzte ins Krankenhaus gebracht. Die anderen Schüler kamen mit dem Schrecken davon.

Nach den polizeilichen Ermittlungen war lediglich ein schlechter Scherz der Schüler beabsichtigt. Sie hatten ihrem Klassenlehrer einen Schreck einjagen wollen.

Die Ursache

des Freiburger Schwebebahn-Unglücks

Die Untersuchung über das Unglück auf der Schwebebahn nach dem Schau-ins-Land wurde am Sonntag weiter gefördert. Nach dem vorläufigen Befund ist ersichtlich, daß das Unglück auf Fahrlässigkeit des tödlich verunglückten Schaffners zurückzuführen ist, der den Wagen vor der Fahrt ins Tal nicht auf beide Zugseile kuppelte und auch während der Fahrt bis zur Unfallstelle diesen Fehler nicht rechtzeitig bemerkte. Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß der Schaffner von den verschiedenen Möglichkeiten, beim Vorliegen von Fehlern den Bahnbetrieb stillzulegen, keinen oder zu späten Gebrauch gemacht hat. Die Kabine ist etwa 3 Meter ziemlich senkrecht abgestürzt. Der schwerverletzte Kühltal wurde dabei aus der Kabine geschleudert, desgleichen der tödlich verunglückte Freiburger Chemiker. Technische oder Konstruktionsfehler der Bahn liegen nicht vor.

Neue Anklage gegen den Mann der Sängerin Biederndagel

Gegen den früheren Bankier Wilhelm Sinke, der des Revolverattentats auf seine Frau, die Sängerin Gertrud Biederndagel, verübt hat und zur Zeit im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Moabit sitzt und dort auf seinen Geisteszustand untersucht wird, werden nach einer Meldung der „Montagspost“, jetzt neue Anklagen erhoben. Der Anhang der Familie Biederndagel hat dieser Tage gegen Sinke, gegen den das staatsanwaltliche Verfahren „wegen verübten Mordes“ läuft, Strafanzeige wegen Bedrohung seines Kindes, der achtjährigen Erica, und wegen Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung der Schwägerin, der 23jährigen Sängerin Alice Biederndagel, erstattet. Wahrscheinlich werden diese beiden Fälle dem Hauptverfahren angegliedert werden.

Waffenfunde in einem Arbeitslager

Im Arbeitslager Kühlenhof bei Hardt nahm die Polizei eine Durchsuchung nach Waffen vor. Unter den Betten versteckt wurden 15 als Totschlüssel hergerichtete Knüppel, zwei Dolche, eine Flaubertbüchse und sieben Schußmunition für Armeerevolver beschlagnahmt. Das Lager beherbergt 70 Dienstfreiwillige, die zum Teil aus Düsseldorf stammen.

Chemieexplosion

Im physikalisch-chemischen Institut der Universität Göttingen zerplatzte bei einem chemischen Versuch eine dickwandige Retorte. Zwei Personen wurden verletzt.

Calmette auf ewig . . .

Vor der Strafkammer Lübeck beginnt am 6. Dezember die Verhandlung gegen den der fahrlässigen Tötung beschuldigten Berliner Kinderarzt Dr. Genter. Der Angeklagte hat nach der Calmette-Katastrophe über 30 gefährdete Kinder mit einem von ihm entdeckten Mittel behandelt. Drei Kinder starben trotzdem.

1000 Bomben

Bei einer Razzia in Buenos Aires entdeckte die Polizei ein Lager von 1000 Bomben, die allem Anschein nach bei den Terrorakten Verwendung finden sollten. 20 Personen wurden festgenommen.

Der Todesstanz

In Elizabeth (New Jersey, USA.) brach ein Dauertänzer nach 47 Tagen und 19 Stunden ununterbrochenen Tanzes tot zusammen.

Das lachende Leben und der Tod



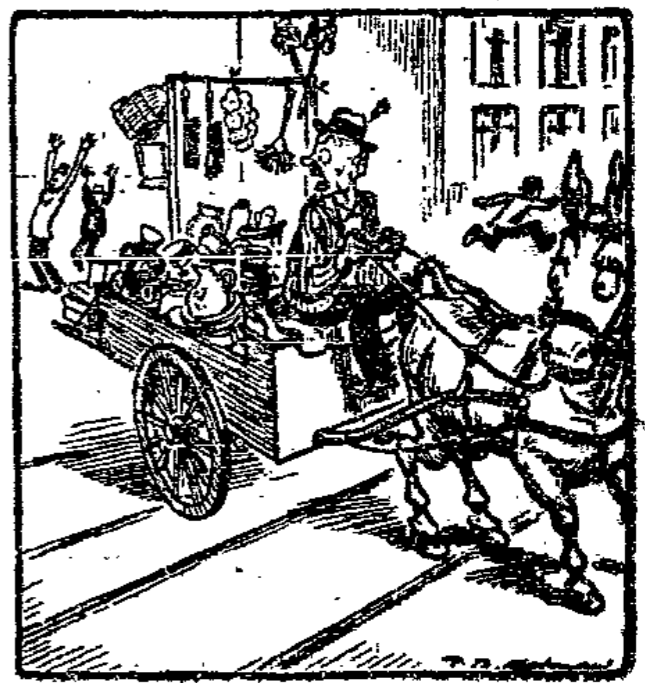
Ein Schnappschuß aus Schloß Lagenburg bei Wien, wo eine Tanz- und Gymnastikschule Jüngerinnen der Terpsichore ausbildet: Schülerinnen bei Studien am Skelett, um hier die Proportionen des menschlichen Körpers kennenzulernen.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Notman



23. Und keine sachverständige Hand, die den tollen Wagen zum Stehen bringen kann! Wie — oder wo — soll das enden? Auch Gambo hat keine rechte Freude an dieser Fahrt. In der Stadt ist das Entsetzen allgemein: man rennt, man schreit, man flüchtet. Nur die Polizei zeigt sich wieder unerschrocken und rennt sprachsicher hinterher. Aber der Wagen fährt allzu schnell.



24. Da kommt gerade aus einer Querstraße der Kasper-Gesetz mit seinem Eselwagen voller Löpfe und anderer nützlichen Sachen. In Träumen verfunken lenkt er den treuen Vierfüßler. Dann löst auf einmal der schreckliche Lärm des nahenden Straßenbahnwagens und der flüchtenden Menge, und harrt vor Entsetzen bleibt das arme Tier wie festgenagelt stehen . . .